# RheinlandDfalz

Statistisches Landesamt



# Statistische Monatshefte

1983

anuair Februar März **April** Mai Juni Juli August Oktober November Dezember

# INHALT

67 Der Beitrag enthält die endgültige Stimmen- und Sitzverteilung im Zehnten Landtag Rheinland-Pfalz und die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik.
80 Gesamtausgaben nehmen ab. Ausgaben für Investitionen gehen erneut zurück.
84 Im Jahre 1980 waren mehr als 1,5 Millionen Arbeitnehmer lohnsteuerpflichtig. Der Bruttolohn belief sich auf rund 39 Mrd. DM und war im Durchschnitt mit 14% durch die Lohnsteuer belastet.
89 Der Güterumschlag der Binnenschiffahrt ist seit mehreren Jahren rückläufig und durch Verschiebungen der Warenstruktur gekennzeichnet.
<ul> <li>Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz</li> <li>Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes</li> </ul>
Teil I: Zusammenstellung der wichtigsten bei Redaktionsschluß vorliegenden Kreisergebnisse aus allen Gebieten der amtlichen Statistik.

### Landtagswahl am 6. März 1983

Am 6. März 1983 waren in Rheinland-Pfalz gut 2,8 Millionen Wahlberechtigte zur Wahl des Zehnten Landtags aufgerufen. 90,4% von ihnen beteiligten sich an der Wahl.

Die CDU erzielte mit 51,9% ein um 1,8 Prozentpunkte besseres Ergebnis als im Jahre 1979. Der Stimmenanteil war um 2,3 Prozentpunkte höher als bei der gleichzeitig durchgeführten Bundestagswahl. Sie errang damit wiederum die absolute Mehrheit der Stimmen und eine Zunahme der Zahl der Mandate von 51 auf 57.

Die SPD hatte Verluste von 2,7 Prozentpunkten und erreichte einen Stimmenanteil von 39,6%. Sie stellt wie schon im Neunten Landtag 43 der insgesamt 100 Abgeordneten.

Die F.D.P. verzeichnete einen Rückgang des Stimmenanteils von 6,4% auf 3,5%. Sie war zuletzt mit sechs Abgeordneten im Landtag vertreten und gehört erstmals seit Bestehen des Landes Rheinland-Pfalz nicht dem Landesparlament an.

Auf die Grünen entfielen 4,5% der Stimmen. Sie erhielten damit infolge der Sperrklausel keinen Sitz im Landtag. Die übrigen politischen Gruppierungen blieben zahlenmäßig ohne Bedeutung. hs Mehr über dieses Thema auf Seite 67

### Nachlassende Entwicklung des Exports im Jahresverlauf 1982

Im Jahre 1982 führte die rheinland-pfälzische Wirtschaft Waren für rund 27 Mrd. DM aus. Gegenüber 1981 entspricht dies einer Steigerung um 2,8%. Dabei ist eine rückläufige Entwicklung des Exports im Jahresverlauf erkennbar. Während noch im ersten Halbjahr 1982 die Ausfuhren um 12% gestiegen waren, ergab sich für das zweite Halbjahr 1982 ein Rückgang um 5,7%.

Mehr als ein Viertel der Exporte des Jahres 1982 waren Kraftfahrzeuge. Es folgen chemische Vorerzeugnisse (13%), Maschinen (12%), chemische Enderzeugnisse (8,3%) und Kunststoffe (7,7%). Während die Kraftfahrzeugausfuhr um 6,2% zunahm, gingen die Maschinenlieferungen um 13% zurück.

Eingeführt wurden Güter für 17,9 Mrd. DM, das sind 1,3% weniger als im Jahre 1981. Wichtigste Importprodukte waren Rohöl sowie Kraftstoffe, Schmieröle und Erdgas, welche zusammen annähernd ein Drittel aller Lieferungen aus dem Ausland ausmachten. Im Vergleich zu 1981 nahm der Wert des eingeführten Rohöls um 7,7% ab. Die Kraftstoff- und Schmierölimporte stiegen um 6,7%.

Die Exporte in die industrialisierten westlichen Länder nahmen 1982 ( $\pm$  4,2%) am stärksten zu. Bei den Importen waren für die Lieferungen aus den Staatshandelsländern ( $\pm$  6,6%) und den Entwicklungsländern ( $\pm$  6,2%) spürbare Rückgänge zu verzeichnen. pe

# Konsequenzen aus Verschiebung der Volkszählung wurden erörtert

### Statistischer Landesausschuß tagte in Bad Ems

Anläßlich der Tagung des Statistischen Landesausschusses Rheinland-Pfalz im Statistischen Landesamt wurden die neuere Gesetzgebung auf dem Gebiet der Statistik, eine Prognose der Arbeitsplätze und die Fortentwicklungen des Landesinformationssystems erörtert. Besprochen wurden die Konsequenzen, die sich aus dem Aussetzen des Termins der Volkszählung 1983 durch das Bundesverfassungsgericht ergeben.

Dem Statistischen Landesausschuß gehören Vertreter der Staatskanzlei, der Ministerien, des Rechnungshofes, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, der Universität Mainz und der Landeszentralbank des Landes Rheinland-Pfalz an. Vorsitzender ist der Präsident des Statistischen Landesamtes, Dr. Karl Heinz Weis. ge

### Kommunen planen 1983 niedrigere Gesamtausgaben

Die Gesamtausgaben der rheinland-pfälzischen Kommunen belaufen sich 1983 auf 10,4 Mrd. DM. Das sind 2,5% weniger als im Vorjahr. Der Verwaltungshaushalt erhöht sich um 2,4%. Im Vermögenshaushalt liegen die Ansätze um 10,8% niedriger. Der Kreditbedarf bleibt mit 1,6 Mrd. DM unter dem Stand des Vorjahres. Bei den Personalausgaben ist ein Zuwachs von 2,4% auf 2 Mrd. DM veranschlagt. Der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand soll um 2,5% auf 1,9 Mrd. DM steigen. Für soziale Leistungen sind knapp 800 Mill. DM oder 3,2% mehr eingestellt. Die veranschlagten Zinsausgaben (628 Mill. DM) liegen um 2% über dem Vorjahr, in dem die Zuwachsrate 18% betragen hatte.

Für Sachinvestitionen wollen die Kommunen rund 2 Mrd. DM ausgeben. Das bedeutet einen Rückgang um 12,6%. Für die Investitionsförderung sind 178 Mill. DM oder 15,4% weniger angesetzt.

An Steuereinnahmen werden 2,8 Mrd. DM (+2,3%) erwartet, darunter aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 1,3 Mrd. DM (+3,2%). Die Einnahmen aus allgemeinen Zuweisungen und Umlagen sind mit 2,2 Mrd. DM (+0,9%) veranschlagt, die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb mit 1,8 Mrd. DM (+2,3%). An Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen rechnen die Kommunen mit 696 Mill. DM, das sind 8,4% weniger als 1982.

Von den Investitionsausgaben ist mit 672 Mill. DM der größte Betrag für den Straßenbau vorgesehen. Für die Abwasserbeseitigung sind 254 Mill. DM eingeplant, für Schulen 290 Mill. DM, für Sportstätten und Schwimmbäder 127 Mill. DM und für die soziale Sicherung 92 Mill. DM. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 80

### kurz + aktuell

### Kommunale Finanzen 1982

Im Jahre 1982 beliefen sich die Bruttoausgaben der rheinland-pfälzischen Gemeinden (Gv.) auf 9,8 Mrd. DM. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 2,3%. Zur Deckung des Finanzbedarfs standen den Kommunen Bruttoeinnahmen von 9,7 Mrd. DM (+ 2,9%) zur Verfügung. Obwohl im Vergleich zum Vorjahr die Einnahmen etwas stärker angestiegen sind, fehlten Ende 1982 zur Deckung der Ausgaben 56 Mill. DM.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben (um 5,3% auf 1,3 Mrd. DM) und die Zinsausgaben (um 16% auf 586 Mill. DM) erhöhten sich stärker als die Personalausgaben (um 1,5% auf 1,9 Mrd. DM) und die Ausgaben für soziale Leistungen (um 1,6% auf 742 Mill. DM).

Im Vermögenshaushalt war 1982 ein deutlicher Rückgang bei den Ausgaben für Investitionen festzustellen. Vor allem gingen der Erwerb von beweglichem Vermögen und der Grunderwerb um 12% auf 394 Mill. DM zurück. Auch die Bauausgaben waren um 12% niedriger als im Vorjahr. Sie beliefen sich auf 1,6 Mrd. DM. Damit hat sich der bereits 1981 eingesetzte Rückgang (- 0,6%) bis Ende 1982 verstärkt fortgesetzt. Von den Kürzungen waren vor allem der Straßenbau (- 13%) und die Ausgaben für die Abwasserbeseitigung (- 17%) betroffen. Vergleichsweise geringer war der Investitionsrückgang beim Schulbau, für den 6,4% weniger als im Vorjahr ausgegeben wurden. Die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen lagen mit 190 Mill. DM um 1,1% niedriger.

Die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben nahmen 1982 um 0,5% auf 2,7 Mrd. DM zu. Es entfielen davon auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 1,2 Mrd. DM (+ 4,1%) und auf die Einnahmen an Gewerbesteuer netto 990 Mill. DM (- 3,6%). Die allgemeinen Finanzzuweisungen betrugen 1,1 Mrd. DM (- 3,8%) und die Zuweisungen für laufende Zwecke 817 Mill. DM (+ 5,1%). be

### Rückläufige Auftragseingänge im Februar

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk lagen im Februar in Rheinland-Pfalz deutlich unter dem Stand des Vormonats (– 20%). Während die Auslandsbestellungen um 4,2% zurückgingen, sank die Inlandsnachfrage um mehr als ein Viertel. Allerdings war die Ordertätigkeit im Januar durch größere Inlandsaufträge im Investitionsgüter produzierenden Bereich sehr hoch gewesen. Schuhindustrie (+ 29%), Gummiverarbeitung (+ 19%) und die Herstellung und Verarbeitung von Glas (+ 18%) konnten beträchtliche Auftragszunahmen verzeichnen.

Im Vergleich zu Februar 1982 nahm die Bestelltätigkeit bei deutlich zurückgegangener Auslandsorder (– 15%) und schwacher Inlandsnachfrage (– 1,9%) um 7,7% ab. hel

# Steine- und Erdenfrachten der Binnenschiffahrt rückläufig, Kohleumschlag gestiegen

Im Jahre 1982 wurden in den rheinland-pfälzischen Häfen 33 Mill. t Güter umgeschlagen, das sind 4,4% weniger als 1981. Es war die zweitniedrigste Umschlagsmenge seit 18 Jahren. Bei einem Rückgang um 6,5% auf 15,4 Mill. t verringerten sich die Verladungen stärker als der Empfang (– 2,5%).

Durch die geringe Nachfrage am Baumarkt nahm 1982 der Umschlag von Steinen und Erden, der mehr als die Hälfte aller Versand- und Empfangsleistungen ausmacht, um 8,5% auf 16,8 Mill. t ab. Die Menge an Bimskies, die im Jahre 1970 noch 4,3 Mill. t betragen hatte, ging auf rund 1 Mill. t zurück. Der gesamte Steine- und Erdenumschlag nahm zwischen 1970 und 1982 um fast ein Drittel ab.

Für Kohle und Briketts ergab sich im Jahre 1982 die stärkste Zunahme (+ 15%). Mit mehr als 2 Mill. t wurde der höchste Umschlag seit mehr als zehn Jahren erzielt. Auch Erze und Metallabfälle (+ 12%) sowie Düngemittel (+ 6,2%) verzeichneten kräftige Zuwachsraten. Bei Eisen, Stahl und NE-Metallen sowie chemischen Erzeugnissen wurde das Volumen des Vorjahres nicht erreicht. gz

Mehr über dieses Thema auf Seite 89

### 1,5 Millionen Arbeitnehmer mit 39 Mrd. DM Bruttolohn brachten 1980 in Rheinland-Pfalz 5,5 Mrd. DM Lohnsteuer auf

Im Jahre 1980 waren über 1,5 Millionen Arbeitnehmer lohnsteuerpflichtig. Das sind 5,6% mehr als 1977. Der Arbeitslohn erhöhte sich gegenüber 1977 um 24,5% auf 39,1 Mrd. DM, die Jahres-Lohnsteuer um 19,6% auf 5,5 Mrd. DM. Da die Lohnsteuer je Steuerfall 1980 geringer angewachsen ist als der Durchschnittslohn, wurde die Lohnsteuerbelastung gemildert. Die Arbeitnehmer mußten im Schnitt 14% ihres Bruttolohns als Lohnsteuer abführen, 0,6 Prozentpunkte weniger als 1977. Im Jahre 1968 hatte die Quote noch bei 8,1% gelegen.

Nahezu ein Viertel aller Lohnsteuerpflichtigen verdiente im Jahre 1980 zwischen 25 000 und 36 000 DM. In diese Größenklasse fällt auch der Durchschnitts-Iohn von knapp 31 000 DM, der gegenüber 1977 um 18,3% gestiegen ist.

Vom Gesamtbetrag des Bruttolohns in Höhe von 39,1 Mrd. DM blieben 1,2 Mrd. DM oder 3,1% steuerfrei. Für 247 000 Steuerpflichtige (19,5%) ergab sich keine steuerliche Belastung, weil das zu versteuernde Lohneinkommen, gegebenenfalls infolge zusätzlicher steuerfreier Abzugsbeträge in Form von Werbungskosten, Sonderausgaben und sonstigen Freibeträgen, unterhalb der Besteuerungsgrenze lag.

Nahezu drei Viertel aller Arbeitnehmer nutzten die Möglichkeiten des Dritten Vermögensbildungsgesetzes. Ia

Mehr über dieses Thema auf Seite 84

36. Jahrgang Heft 4 April 1983

# Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

# Die Wahl zum Zehnten Landtag Rheinland-Pfalz am 6. März 1983

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland fanden am 6. März 1983 in einem Bundesland gleichzeitig eine Landtagswahl und eine Bundestagswahl statt.

Die Wahl zum Zehnten Landtag Rheinland-Pfalz war ursprünglich für den 13. März festgesetzt, wurde aber auf den 6. März vorverlegt, nachdem der Bundespräsident diesen Termin für die vorgezogene Neuwahl des Zehnten Deutschen Bundestages bestimmt hatte. Die vorgezogene Neuwahl war durch die Vertrauensfrage des Bundeskanzlers ermöglicht worden.

Vor den Wahlen wurde vor allem die Frage diskutiert, wie die Wähler mit den verschiedenen Wahlsystemen - Einstimmenwahlrecht bei der Landtagswahl und Zweistimmenwahlrecht bei der Bundestagswahl - ihrem politischen Willen Ausdruck geben, inwieweit landespolitische Themen durch bundespolitische überlagert würden und welchen Einfluß dies auf die Wahlentscheidung habe.

Im folgenden Beitrag werden unter Einbeziehung der repräsentativen Wahlstatistik die Ergebnisse der Wahl zum Zehnten Landtag dargestellt. Eine Kommentierung der Ergebnisse der Bundestagswahl ist für das Statistische Monatsheft Mai 1983 vorgesehen. Dabei wird auch auf die Einflüsse der gleichzeitigen Durchführung der Wahlen eingegangen.

# Einstimmen-Verhältniswahlrecht mit starren Kreiswahlvorschlägen

Die 100 Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer, geheimer und freier Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in Wahlkreisen für vier Jahre gewählt. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, der am Tag der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten seinen dauernden Wohnsitz im Lande Rheinland-Pfalz hat. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der seit mindestens einem Jahr Deutscher ist.

Das Land ist in vier Wahlkreise eingeteilt. Von den 100 Abgeordneten sind grundsätzlich 27 im Wahlkreis 1, je 24 in den Wahlkreisen 2 und 3 und 25 im Wahlkreis 4 zu wählen. Kreiswahlvorschläge derselben Partei oder derselben Wählergruppe können in den Wahlkreisen 1 und 2 sowie in den Wahlkreisen 3 und 4 miteinander verbunden werden. Wahlkreise, in denen Kreiswahlvorschläge verbunden sind, gel-

ten als ein Verbundwahlkreis. Die Berechnung der Sitzzahl geht dann nicht von den für die vier Wahlkreise festgelegten Mandatszahlen, sondern von zwei Verbundwahlkreisen mit 51 bzw. 49 zu vergebenden Mandaten aus. Bei der Unterverteilung auf die einzelnen Wahlkreise können sich somit Abweichungen von der für die einzelnen Wahlkreise festgelegten Sitzzahl ergeben. So trat diesmal eine Abweichung bei den Wahlkreisen 3 und 4 ein, wo 23 statt 24 Sitze bzw. 26 statt 25 Sitze vergeben wurden.

Die Verteilung der Sitze auf die Kreiswahlvorschläge erfolgt für jeden Wahlkreis bzw. Verbundwahlkreis nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt. Die auf eine Verbindung von Kreiswahlvorschlägen fallenden Sitze werden nach d'Hondt im Verhältnis der auf die beteiligten Kreiswahlvorschläge entfallenden Sitze weiterverteilt. Bei der Sitzverteilung werden nur Parteien und Wählervereinigungen berücksichtigt, die mindestens 5% der im Lande abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben. Gültige Stimmen, die auf Kreiswahlvorschläge oder verbundene Kreiswahlvorschläge von Parteien oder Wählervereinigungen entfallen, die unter diese Sperrklausel fallen, scheiden bei der Berechnung aus.

### Sieben Parteien, 626 Kandidaten

Bei der Wahl zum Zehnten Landtag von Rheinland-Pfalz stellten sich neben den drei bisher im Landtag vertretenen Parteien, der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU), der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Freien Demokratischen Partei (F.D.P.) vier weitere politische Gruppierungen, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), die Aktion Soziale Gemeinschaft (ASG) und Die Grünen (Grüne) dem Wählervotum. Die Parteien hatten in allen vier Wahlkreisen Wahlvorschläge eingereicht, mit Ausnahme der NPD, die nur im Wahlkreis 4 kandidierte. ASG und Grüne beteiligten sich erstmals an einer Landtagswahl in Rheinland-Pfalz.

Die Parteien hatten 626 Personen als Bewerber oder Nachfolger, darunter 126 Frauen, aufgestellt. 46 Frauen gehören der CDU, 29 der SPD, 17 der F.D.P., sieben der NPD, 30 der DKP, eine der ASG und drei den Grünen an.

Der Altersdurchschnitt der Bewerber betrug 44,7 Jahre. Der jüngste Bewerber war 19 Jahre alt und

	Landtagsw	ahl 1983	Landtagsw	ahl 1979	Bundestagswahl 1983		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	2 811 713		2 717 051		2 816 609		
Wähler	2 541 834	90.4	2 211 862	81,4	2 546 266	90,4	
Ungültige Stimmen	26 441	1.0	27 322	1,2	44 595	1,8	
Gültige Stimmen	2 515 393	99,0	2 184 540	98,8	2 501 671	98,2	
CDU	1 306 090	51,9	1 094 480	50,1	1 241 886	49,6	
SPD	995 795	39,6	923 965	42,3	959 714	38,4	
F.D.P.	88 289	3,5	139 248	6,4	174 658	7,0	
NPD	3 656	0,1	14 915	0,7	6 626	0,3	
OKP	4 940	0,2	9 024	0,4	3 993	0,2	
ASG	2 814	0,1	-		2 2 4 2	-	
Grüne	113 809	4,5	_	_	113 815	4,5	

gehört der DKP an; den ältesten mit 86 Jahren hatte die ASG aufgestellt.

### 2,8 Millionen Wahlberechtigte

Am 6. März 1983 waren 2 811 713 Rheinland-Pfälzer aufgerufen, über die Zusammensetzung des Zehnten Landtags Rheinland-Pfalz zu entscheiden. Ihre Zahl war um 95 000 oder 3,5% höher als bei der vorangegangenen Landtagswahl im Jahre 1979. Die Jungwähler, das heißt die Gruppe der 18- bis unter 25-jährigen, stellten 13,7% aller Wahlberechtigten. Etwas mehr als 200 000 der insgesamt 386 500 Jungwähler waren erstmals bei einer Landtagswahl in Rheinland-Pfalz wahlberechtigt.

53 von hundert Wahlberechtigten waren Frauen. Der Anteil der Männer nahm damit gegenüber der letzten Wahl von gut 46 auf 47% geringfügig zu.

Die Zahl der zur Landtagswahl wahlberechtigten Personen lag um rund 5 000 unter den zur Bundestagswahl Wahlberechtigten. Bei der Differenz handelt es sich vor allem um Personen, die in den letzten drei Monaten vor der Wahl in Rheinland-Pfalz zugezogen und damit die Wohnsitzvoraussetzung für die Wahlberechtigung zum Landtag von mindestens drei Monaten nicht erfüllten.

### Höchste Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen

Mit 90,4% (2 541 834 Wähler) wurde die bei weitem höchste Beteiligung an Landtagswahlen in Rheinland-

Pfalz registriert. Sie lag um 9 Prozentpunkte über der bisherigen Rekordmarke von 1979. Nur rund 270 000 Wahlberechtigte blieben der Wahl fern, während vor vier Jahren über 500 000 ihre Stimme nicht abgegeben hatten. Da die Bundestags- und die Landtagswahlen gleichzeitig durchgeführt wurden, kam diese hohe Beteiligungsquote nicht unerwartet. Bei Landtagswahlen liegt im allgemeinen die Wahlbeteiligung niedriger als bei Bundestagswahlen.

### Regional unterschiedliche Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung war auch 1983 in den Landkreisen größer als in den kreisfreien Städten. Sie lag mit 91,2% in den Landkreisen um 0,8 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt; in den kreisfreien Städten betrug sie 88,2%. Das Gefälle der Wahlbeteiligung zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten ist gegenüber 1979 jedoch von 5,2 auf 3 Prozentpunkte zurückgegangen.

Während die Beteiligungsquoten in den Wahlkreisen nur geringe Unterschiede aufweisen (zwischen 90,1 und 90,6%), zeigen sich bei den einzelnen Landkreisen Unterschiede bis zu 4,7, in den kreisfreien Städten bis zu 4,3 Prozentpunkten, die jedoch gegenüber der vorherigen Landtagswahl deutlich kleiner geworden sind. Sie hatten 1979 bei den kreisfreien Städten bis zu 8,4, bei den Landkreisen bis zu 8,2 Punkte betragen.

Ergebnisse der Landtagswahlen 1947 - 1983

	CALL STATE OF THE	100			Von den gül	tigen Stimmen e	ntfielen auf	
Wahl	Wahl- beteiligung	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	CDU	SPD	F.D.P.	Grüne	Sonstige
					%			
1947	77,9	10,6	89,4	47,2	34,3	9,8	-	8,7
1951	74,8	5,0	95,0	39,2	34,0	16,7	-	10,1
1955	76,0	3,1	96,9	46,8	31,7	12,7	+	8,8
1959	77,2	2,1	97,9	48,4	34,9	9,7	-	7,0
1963	75,5	1,8	98,2	44,4	40,7	10,1	-	4,8
1967	78,5	1,5	98,5	46,7	36,8	8,3	-	8,2
1971	79,4	1,3	98,7	50,0	40,5	5,9	-	3,5
1975	80,8	1,0	99,0	53,9	38,5	5,6		1,9
1979	81,4	1,2	98,8	50,1	42,3	6,4	-	1,2
1983	90,4	1,0	99,0	51,9	39,6	3,5	4,5	0,5

Die Verringerung des Gefälles der Wahlbeteiligung zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten sowie innerhalb dieser Gruppen ist im wesentlichen durch die gleichzeitige Durchführung der Landtagswahl mit der Bundestagswahl zu erklären. Bei Bundestagswahlen waren nämlich stets geringere Unterschiede in den Beteiligungsquoten zu beobachten. Die Differenz von 3 Prozentpunkten zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen entspricht exakt dem Wert der Bundestagswahl 1980.

In insgesamt 17 von 24 Landkreisen lag die Wahlbeteiligung über dem Landesdurchschnitt. Die höchste Wahlbeteiligung verzeichnete wiederum der Landkreis Ludwigshafen mit 93,4%, gefolgt von Pirmasens (92,6%), Cochem-Zell (92,6%), Alzey-Worms (92,3%) und Südliche Weinstraße (92,3%). Am geringsten war sie mit 88,7% im Landkreis Birkenfeld.

Von den kreisfreien Städten erreichte nur Neustadt mit 90,4% den Landesdurchschnitt. Die nächsthöchste Beteiligungsquote meldete Frankenthal (89,8%), gefolgt von Mainz (89,6%) und Speyer (89%). Die niedrigste Wahlbeteiligung unter den kreisfreien Städten verzeichnete Trier mit 86%.

Gegenüber 1979 nahm der Anteil der Wähler in allen kreisfreien Städten und Landkreisen zu, am meisten in den Städten Zweibrücken (+ 12,3 Prozentpunkte) und Trier (+ 12,1), am wenigsten im Rhein-Hunsrück-Kreis (+ 6,5) und im Landkreis Ludwigshafen (+ 6,7).

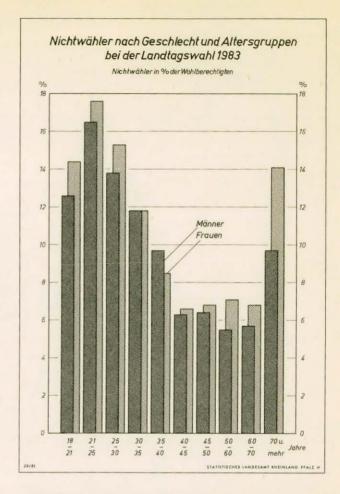
### Niedrigere Beteiligungsquoten bei den jüngeren Wahlberechtigten

Wie bei den vorhergehenden Wahlen lagen die Beteiligungsquoten der jüngeren Jahrgänge unter dem Durchschnitt. So gingen 17% der 21- bis 25jährigen und 14,5% der 25- bis 30jährigen Wahlberechtigten nicht zur Wahl. Ebenfalls auf niedrigem Niveau lag mit 86,5% die Wahlbeteiligung der 18- bis 21jährigen. Gegenüber der Landtagswahl 1979 verringerte sich allerdings die Differenz zu den wahlfreudigeren älteren Jahrgängen. So nahm die Beteiligungsquote der 21- bis 25jährigen um 16,8 Prozentpunkte zu, während die der 60- bis 70jährigen, die 1979 die höchste gewesen war, nur noch um 5,5 Prozentpunkte stieg. Den zweitgrößten Zuwachs verbuchten die 18- bis 21jährigen mit 15 Prozentpunkten. Bei den Wahlberechtigten im Alter von 40 bis 70 Jahren war die Wahlbeteiligung mit Werten um 93,5% am höchsten. Diese Feststellungen gelten für Männer und Frauen.

Die Beteiligungsquote der Frauen lag um 1,1 Prozentpunkte unter der der Männer (1979: 0,7%). Lediglich die 35- bis 40jährigen Frauen waren wahlfreudiger als ihre männlichen Altersgenossen. Bei den 30- bis 35jährigen Männern und Frauen betrug die Wahlbeteligung jeweils 88,2%. Die höchste Quote wurde mit 94,5% bei den 50- bis 60jährigen Männern festgestellt.

### Rückgang der Briefwähler

Nach dem zum Teil sprunghaften Anstieg der Briefwähler bei den vorangegangenen Wahlen war am 6. März erstmals wieder ein deutlicher Rückgang zu beobachten. Der Anteil von 9,3% bei der Landtags-



wahl (Bundestagswahl 1983: 9,4%) liegt um 1,6 Prozentpunkte unter dem Briefwähleranteil der Bundestagswahl 1980. Eine Umkehrung des Trends der zunehmenden Briefwähler ist aber sicherlich nicht zu erwarten, da der Wahltermin außerhalb der Urlaubszeit lag. Die rechtlichen Bestimmungen zur Erschwerung der Briefwahl, die zu einer weiteren Verringerung des Briefwähleranteiles hätten führen können, waren noch nicht in Kraft getreten.

### Weniger ungültige Stimmen

Obwohl Landtags- und Bundestagswahlen gleichzeitig durchgeführt wurden, gingen Zahl und Anteil der ungültigen Stimmen gegenüber der Landtagswahl 1979 zurück. Die absolute Zahl der ungültigen Stimmen belief sich auf 26 441 (1979: 27 322). Mit nur 1% lag der Anteil 0,2 Prozentpunkte unter dem damaligen Wert. In den einzelnen Verwaltungskreisen streuten die Anteile zwischen 1,5% in den Landkreisen Bitburg-Prüm, Pirmasens und Südliche Weinstraße sowie 0,5% in der Stadt Worms. Hier waren für die Landtagswahl in den meisten Stimmbezirken Stimmenzählgeräte eingesetzt.

### Ausbau der absoluten Mehrheit der CDU, Verluste der SPD

Die CDU ging aus der Wahl zum Zehnten Landtag wiederum als stärkste Partei hervor und konnte mit 1 306 090 Stimmen zum dritten Mal in der Geschichte des Landes mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen bei einer Landtagswahl auf sich vereinigen. Dies

Wahlkreis Verwaltungsbezirk	Wahl	Wahl- be- teiligung	Gültige Stimmen	CDU	SPD	F.D.P.	Grüne	DKP	NPD	ASG	EAP
TUTTUTTE		%	Anzahl				1	No			
				Land							
Rheinland-Pfalz	L 1983 L 1979	90,4 81,4	2 515 393 2 184 540	50,1	39,6 42,3	3,5	4,5	0,2	0,1	0,1	-
	B 1983	90,4	2 501 671	49,6 nlkreise	38,4	7,0	4,5	0,2	0,3	-	0,1
Wahlkreis 1	L 1983	90,6	680 452	54,4	38,3	1 20	1 6 1	1 0 1		1 0 1	
ndiki eis i	L 1979 B 1983	81,4 90,6	586 907 677 632	52,2 52,2	41,2 36,9	3,0 5,8 6,6	4,1	0,1 0,3 0,1	0,4	0,1	0,1
Wahlkreis 2	L 1983	90,1	602 316	57,1	34,3	3,9	4,4	0,2	-	0,1	-
	L 1979 B 1983	81,1 90,1	522 333 599 158	55,8 54,7	36,5 33,5	6,6 7,1	4,3	0,4	0,5	-	0,1
Wahlkreis 3	L 1983	90,5	588 544	47,2	44,1	3,4	4,9	0,3	-	0,1	-
	L 1979 B 1983	81,5 90,5	512 924 585 415	44,8	47,0	6,7 7,6	5,1	0,6	0,7	-	0,1
Wahlkreis 4	L 1983	90,3	644 081	48,8	41,8	3,8	4,7	0,2	0,6	0,1	-
	L 1979 B 1983	81,7 90,3	562 376 639 466	47,4 47,3	44,5	6,5 6,7	4,6	0,4	1,1	-	0,1
	10 1000	30,3	Regierung	Sec. 650		, ,,,	1,0	0,2	0,0		0,1
Krfr St Koblenz	L 1983	88,1	76 214	50,3	41,1	3,4	5,0	0,1	-	0,2	-
	L 1979 B 1983	77,5 88,3	67 191 76 013	49,2 47,9	43,5	6,5 7,7	-	0,3	0,4	-	-
LK Ahrweiler	L 1983	91,9	78 078	68,0	24.8	2,9	4,8	0,1	0,2	0,1	0,1
Election (Verter	L 1979	81,6	66 223	67,0	27,2	5,2	-	0,3	0,3	-	-
LIZ Ale III - I - /W - 3	B 1983	91,9	78 110	65,4	23,7	6,8	3,9	0,1	0,1	-	0,1
LK Altenkirchen (Ww.)	L 1983 L 1979	91,6 83,1	85 005 73 958	54,2 52,2	37,8 39,9	3,9 7,2	3,8	0,1	0,4	0,1	-
	B 1983	91,5	84 585	52,7	36,8	6,2	3,9	0,1	0,1	-	0,0
LK Bad Kreuznach	L 1983 L 1979	90,4 81,6	101 423 88 577	45,2 43,4	45,2 46,7	5,0 8,8	4,3	0,2	0,7	0,1	-
	B 1983	90,4	100 817	42,6	43,8	8,7	4,4	0,1	0,3	_	0,0
LK Birkenfeld	L 1983	88,7	61 854	43,1	47,8	4,2	4,2	0,5	-	0,2	-
	L 1979 B 1983	78,5 88,7	53 717 61 391	40,2 40,6	50,3 46,2	8,0 8,3	4,3	0,9	0,6	-	0,1
LK Cochem-Zell	L 1983	92,6	44 823	68,7	22,2	3,2	5,5	0,2	-	0,1	-
	L 1979 B 1983	84,8 92,6	39 801 44 842	70,3 68,4	25,0	3,9 5,8	3,9	0,3	0,4	_	0,1
LK Mayen-Koblenz	L 1983	90,5	131 937	54,9	38,9	2,3	3,7	0,1	-	0,1	-
	L 1979 B 1983	81,3 90,4	114 053 131 409	52,5 52,8	42,6 37,4	4,3 5,8	3,7	0,3	0,3	-	0,0
LK Neuwied	L 1983	90,9	110 149	51,3	41,5	2,8	4,1	0,1	-	0,1	-
	L 1979 B 1983	80,9 91,0	93 241 109 628	49,0 48,8	44,2 39,8	6,0 6,9	4,3	0,3	0,4	-	0,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	L 1983	91,7	63 623	53,1	35,8	6,3	4,6	0,1	-	0,1	-
	L 1979 B 1983	85,2 91,7	56 286 63 518	51,5 51,4	37,2 34,4	10,5 9,2	4,7	0,3	0,4	-	0,0
Rhein-Lahn-Kreis	L 1983	90,2	81 898	46,1	46,3	3,2	4,1	0,1		0,2	-
	L 1979 B 1983	82,2 90,2	72 241 81 373	42,8 43,0	49,6 45,2	6,7 7,2	4,2	0,3	0,5	-	0,1
Westerwaldkreis	L 1983	90.9	117 171	56.4	36,6	2,8	4,0	0,2	-	0,1	-
	L 1979	82,6	100 000	54,0	39,7	5,5	-	0,3	0,4	-	-
	IB 1983	91,0	Regierung		35,0	6,0	4,0	0,1	0,1		0,1
Krfr St Trier	L 1983	86,0	63 647	52,1	39,4	2,5	E 7	0.1	1	0.1	
Will St Trief	L 1979	73,9	54 705	52,7	41,0	5,3	5,7	0,1	0,5	0,1	7
LK Banakastal Wittish	B 1983	86,1	63 344	48,7	38,9	6,6	5,5	0,1	0,2		0,1
LK Bernkastel-Wittlich	L 1983 L 1979	89,9 80,3	75 277 64 445	64,3 62,9	26,1 28,8	5,1 7,2	4,1	0,2	0,7	0,1	-
	B 1983	89,9	74 981	62,5	25,8	7,3	4,0	0,1	0,2	-	0,1
LK Bitburg-Prüm	L 1983 L 1979	89,4 80,4	62 555 54 377	67,5 65,9	25,7 27,9	2,7 5,3	3,8	0,1	0,5	0,2	-
	B 1983	89,5	62 028	64,6	25,0	6,2	3,9	0,1	0,1	-	0,1
LK Daun	L 1983	91,0	41 154	70,7	23,3	2,2	3,5	0,1	- 0 3	0,1	-
	L 1979 B 1983	82,2 91,0	35 057 40 940	70,5 68,2	24,3	4,4 5,4	3,6	0,3	0,3	-	0,0
		Contract of the Contract of th	AND DESCRIPTION	- N. (1) (1) (1)		-CO#177	10.0K12.	100	3.0		10000

Wahikreis Verwaltungsbezirk	Wahl	Wahl- be- teiligung	Gültige Stimmen	CDU	SPD	F.D.P.	Grüne	DKP	NPD	ASG	EAP
		%	Anzahl och: Regier	unashez	irk Trie	r		70			
LK Trier-Saarburg	L 1983 L 1979 B 1983	91,8 84,1 91,9	87 960 75 368 87 297	61,2 59,4 58,3	31,8 35,4 31,7	2,4 4,2 5,4	4,3	0,2 0,3 0,1	0,6 0,1	0,1	- 0,1
Krfr St Frankenthal (Pfalz)	L 1983	89,8	erungsbezi   29 181	47,3	44,9	2,8	4,7	0,3		0,1	_
Krii St Frankentilar (Flaiz)	L 1979 B 1983	81,0	25 285 29 105	44,9	47,7	5,9 6,7	4,6	0,5	0,7	-	0,1
Krfr St Kaiserslautern	L 1983 L 1979 B 1983	89,8 86,3 75,9 86,2	64 025 55 981 63 565	44,5 43,2 42,5 41,5	43,5 47,2 49,1 46,2	2,9 6,7 6,2	5,7 - 5,4	0,2 0,5 0,2	0,6 1,1 0,5	0,1	0,1
Krfr St Landau i.d.Pfalz	L 1983 L 1979 B 1983	88,8 77,9 88,8	25 173 21 719 25 119	48,9 48,1 46,5	39,4 42,8 38,3	4,3 7,8 8,3	6,6 - 6,3	0,1 0,4 0,1	0,6 0,9 0,4	0,0	- 0,0
Krfr St Ludwigshafen a.Rhein	L 1983 L 1979 B 1983	88,7 77,3 88,6	101 567 89 381 100 927	43,7 40,3 41,4	49,1 52,9 47,5	2,1 5,2 5,7	4,6 - 4,8	0,3 0,8 0,3	0,6 0,3	0,1	0,1
Krfr St Mainz	L 1983 L 1979 B 1983	89,6 79,7 89,6	108 339 95 250 108 338	47,3 45,7 43,6	42,5 45,6 40,2	3,3 7,4 8,7	6,5 - 6,9	0,3 0,7 0,2	0,4 0,3	0,1	0,1
Krfr St Neustadt a.d.Weinstr.		90,4 82,3 90,5	36 065 32 202 35 879	52,3 51,3 49,1	38,3 40,3 37,9	3,4 6,7 7,3	5,2 - 5,1	0,3 0,6 0,2	0,5 1,0 0,4	0,1	- 0,0
Krfr St Pirmasens	L 1983 L 1979 B 1983	86,1 74,7 36,0	34 765 30 414 34 485	48,1 47,5 45,5	44,4 46,3 43,0	2,4 4,0 6,5	4,0 - 4,0	0,3 0,5 0,3	0,7 1,5 0,6	0,1	- 0,1
Krfr St Speyer	L 1983 L 1979 B 1983	89,0 79,4 89,1	28 651 24 942 28 516	49,1 49,0 45,5	41,8 43,6 41,4	2,9 5,7 6,7	5,6 - 5,8	0,5 1,0 0,4	0,5 0,2	0,1	0,1
Krfr St Worms	L 1983 L 1979 B 1983	87,5 77,1 87,4	49 980 43 349 49 262	43,7 41,1 41,0	48,6 51,2 47,8	2,9 5,9 6,2	4,4 - 4,2	0,3 0,6 0,3	1,0 0,5	0,1	0,1 0,1
Krfr St Zweibrücken	L 1983 L 1979 B 1983	88,2 75,9 88,2	24 553 20 970 24 383	42,4 41,6 41,1	47,6 50,1 47,4	4,4 6,6 6,4	4,7 - 4,4	0,2 0,4 0,2	0,5 1,2 0,5	0,2	0,1
LK Alzey-Worms	L 1983 L 1979 B 1983	92,3 85,3 92,3	68 818 60 558 68 274	43,3 40,4 40,6	46,9 49,5 45,8	5,4 8,5 8,8	4,1 - 4,3	0,2 0,3 0,1	1,2 0,4	0,1	0,1 0,0
LK Bad Dürkheim	L 1983 L 1979 B 1983	91,5 83,1 91,4	84 148 72 675 83 604	47,7 46,4 45,6	42,8 45,8 41,1	4,2 6,4 8,1	4,5 - 4,6	0,2 0,4 0,2	0,4 1,0 0,3	0,1	0,1
Donnersbergkreis	L 1983 L 1979 B 1983	90,4 83,2 90,4	46 231 40 719 45 824	41,0 37,9 39,5	49,0 52,5 47,6	4,4 7,3 7,2	4,6 - 4,9	0,2 0,4 0,1	0,8 1,8 0,6	0,1	0,1
LK Germersheim	L 1983 L 1979 B 1983	91,6 83,8 91,7	66 982 57 331 66 720	54,2 52,6 53,8	35,2 38,3 34,5	5,1 7,9 6,6	4,8 - 4,5	0,1 0,3 0,2	0,5 0,8 0,4	0,1	0,1
LK Kaiserslautern	L 1983 L 1979 B 1983	91,2 83,8 91,1	67 804 59 894 67 149	49,3 47,4 48,1	42,6 45,3 41,6	3,0 5,7 5,5	4,3	0,2 0,4 0,1	0,5 1,1 0,4	0,1	0,1
LK Kusel	L 1983 L 1979 B 1983	89,7 81,0 89,7	54 094 47 558 53 573	36,4 34,3 35,6	55,2 57,8 53,6	2,6 5,6 5,0	4,6 - 4,8	0,4 0,9 0,4	0,7 1,3 0,6	0,1	0,1
LK Südliche Weinstraße	L 1983 L 1979 B 1983	92,3 84,9 92,3	67 900 59 459 67 292	55,3 53,6 54,0	33,9 36,8 32,7	5,1 8,0 7,7	4,9 - 4,9	0,1 0,4 0,2	0,6 1,0 0,4	0,1	0,1
LK Ludwigshafen	L 1983 L 1979 B 1983	93,4 86,7 93,5	91 262 78 422 90 653	52,1 50,0 49,4	40,5 43,2 39,2	2,9 5,5 6,7	4,2 - 4,2	0,2 0,4 0,2	0,6 0,2	0,1	0,1
LK Mainz-Bingen	L 1983 L 1979 B 1983	91,8 83,9 91,9	110 746 95 737 110 340	49,8 47,3 45,9	40,5 43,4 33,9	4,3 8,1 9,5	5,0 - 5,2	0,2 0,4 0,2	0,6 0,2	0,1	0,1 0,1
LK Pirmasens	L 1983 L 1979 B 1983	92,6 85,2 92,6	72 341 63 454 71 873	58,3 57,7 57,1	33,4 35,6 32,6	3,9 5,1 6,0	3,7	0,1 0,3 0,1	0,5 1,1 0,5	0,1	0,1

ist zugleich die höchste Stimmenzahl, die jemals in Rheinland-Pfalz für eine Partei abgegeben wurde. Die CDU erzielte mit 51,9% ein um 211 610 Stimmen oder 1,8 Prozentpunkte besseres Ergebnis als 1979.

Der Abstand zur zweitstärksten Partei im Lande, der SPD, beträgt 310 295 Stimmen gegenüber 170 515 bei der vorherigen Landtagswahl. Die SPD erhielt zwar 71 830 Stimmen mehr als vor vier Jahren, ihr Anteil an der Gesamtzahl aller gültigen Stimmen verringerte sich jedoch um 2,7 Prozentpunkte auf 39,6%.

### F.D.P. und Grüne ohne Mandat

Auf die F.D.P. entfielen 88 289 Stimmen, das sind 3,5% im Vergleich zu 6,4% bei der letzten Landtagswahl. Sie mußte die größten Verluste hinnehmen und ist erstmals seit Bestehen des Landes Rheinland-Pfalz nicht im Landtag vertreten.

Den Rang der drittstärksten Partei übernahmen die Grünen, die 113 809 Stimmen erhielten. Mit 4,5% scheiterten sie jedoch ebenfalls an der Sperrklausel.

Die übrigen politischen Gruppierungen blieben erneut bedeutungslos. Die DKP erreichte einen Stimmenanteil von 0,2%, die NPD und die ASG kamen auf je 0,1%.

# Abstand zwischen CDU und SPD auf 14 Mandate erhöht

Die CDU konnte ihre Mehrheit von bislang 51 auf 57 Sitze erhöhen. Die SPD stellt ebenso wie im Neunten Landtag 43 Abgeordnete.

### CDU-Gewinne in allen vier Wahlkreisen

Wegen ihres Einflusses auf die Sitzverteilung sind die Ergebnisse in den Wahlkreisen von besonderem Interesse. Die CDU konnte in allen vier Wahlkreisen Stimmengewinne verbuchen. In den Wahlkreisen 1 (Koblenz) und 2 (Trier) baute sie ihre seit jeher dominierende Stellung aus und steigerte ihre absolute Mehrheit auf 54,4 bzw. 57,1%. Im Wahlkreis 3 (Rheinhessen-Vorderpfalz), wo der Zuwachs mit 2,4 Prozentpunkten am höchsten ausfiel, konnte die CDU die relative Mehrheit von der SPD, die einen Rückgang von 2,9 Prozentpunkten zu verzeichnen hatte, zurückgewinnen. Im Wahlkreis 4 (Westpfalz) festigte sie mit einem Zuwachs von 1,4 Prozentpunkten ihre relative Mehrheit. Sie verfügt dort nunmehr über einen Vorsprung von 7 Prozentpunkten vor der SPD (bisher 2,9).

Sowohl die SPD als auch die F.D.P. verzeichnen in allen vier Wahlkreisen Verluste, die sich bei der SPD zwischen 2,2 und 2,9 Prozentpunkten, bei der F.D.P. zwischen 2,7 und 3,3 Prozentpunkten bewegen.

Die erstmals bei einer Landtagswahl in Rheinland-Pfalz kandidierenden Grünen erreichten im Wahlkreis 3 mit 4,9% den höchsten, und im Wahlkreis 1 mit 4,1% den niedrigsten Stimmenanteil.

# CDU-Mehrheiten in 18 Landkreisen und acht kreisfreien Städten

In den einzelnen Verwaltungskreisen konnte die CDU fast durchgehend Gewinne erzielen. Lediglich im

Landkreis Cochem-Zell und in der kreisfreien Stadt Trier verringerte sich ihr Stimmenanteil um 1,6 bzw. 0,6 Prozentpunkte. Die größten Gewinne der CDU wurden in Ludwigshafen (+ 3,4 Prozentpunkte), im Rhein-Lahn-Kreis (+ 3,3) und im Donnersbergkreis (+ 3,1) registriert.

Die SPD hatte in allen Verwaltungsbezirken Verluste, die zwischen 1,0 (Landkreis Daun) und 3,8 Prozentpunkten (Stadt Ludwigshafen) schwankten. Ihr bestes Ergebnis erzielte sie im Landkreis Kusel mit 55.2%.

Die CDU erhielt in 15 Landkreisen und drei kreisfreien Städten die absolute, in drei Landkreisen und fünf kreisfreien Städten die relative Mehrheit der Stimmen. Die höchsten Stimmenanteile errang sie in den Landkreisen Daun (70,7%), Cochem-Zell (68,7%), Ahrweiler (68,0%) und Bitburg-Prüm (67,5%).

Die SPD konnte in vier kreisfreien Städten und fünf Landkreisen die relative Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen. Während sie bei der Landtagswahl 1979 noch in drei Landkreisen und drei kreisfreien Städten die absolute Stimmenmehrheit erreichen konnte, gelang ihr dies 1983 nur noch im Landkreis Kusel.

Die F.D.P. verlor in allen Verwaltungskreisen; die Verluste lagen zwischen 0,7 und 4,2 Prozentpunkten. Lediglich in sechs der 36 Verwaltungskreise erreichte sie Stimmenanteile von mehr als 5%. 1979 hatte sie diesen Prozentsatz in 31 Verwaltungsbezirken überschritten. Ihren höchsten Stimmenanteil bekam sie wiederum im Rhein-Hunsrück-Kreis. Er fiel dort mit 6,3% jedoch wesentlich niedriger aus als bei der vorangegangenen Landtagswahl (10,5%).

Die Grünen erzielten in 27 Verwaltungskreisen ein besseres Ergebnis als die F.D.P. Mit 6,6 bzw. 6,5% hatten sie in den kreisfreien Städten Landau und Mainz ihren höchsten Anteil.

# Überdurchschnittlicher CDU-Stimmenanteil bei der Briefwahl

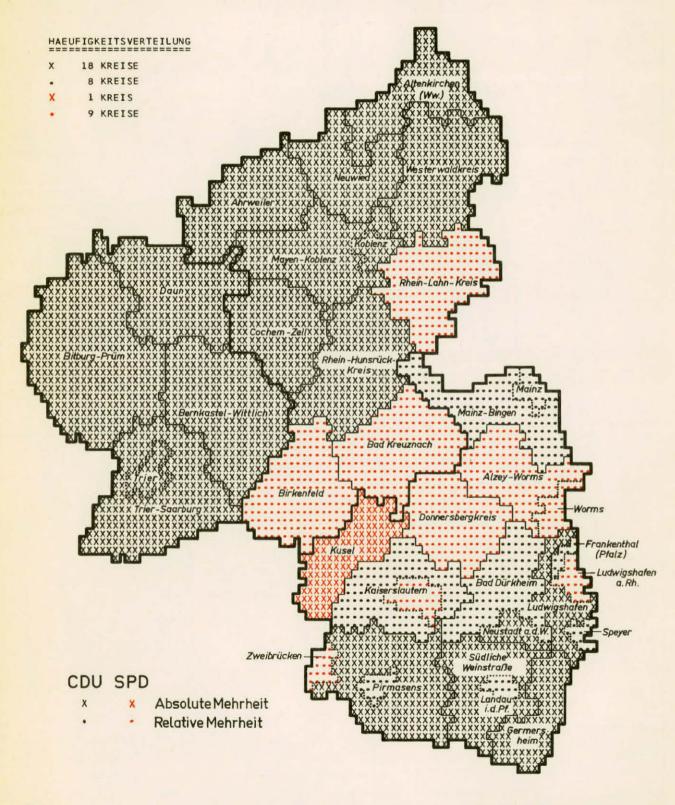
Wie schon bei früheren Wahlen beobachtet, weicht das Ergebnis der Briefwahl der Parteien auch 1983 erheblich vom Ergebnis der Urnenwahl ab. Während die CDU mit einem Anteil von 54,2% um 2,5 Punkte über dem Anteil ihrer Stimmen bei der Urnenwahl lag, blieb die SPD um 6,3 Punkte dahinter zurück. Auch die Grünen schnitten bei der Briefwahl um 3,5 Punkte besser ab. Die F.D.P. war bei Briefwählern und Urnenwählern gleich stark vertreten.

Die repräsentative Wahlstatistik zeigt, daß ältere Wahlberechtigte von der Möglichkeit der Briefwahl stärker Gebrauch machen. So betrug der Anteil der über 70jährigen Wähler, die ihr Stimmrecht im Wege der Briefwahl ausgeübt haben 16,5%. Hohe Anteile wurden mit 10,5% auch bei den 21- bis 25jährigen mit 9,9% bei den 25- bis 30jährigen und mit 8,7% bei den 60- bis 70jährigen registriert.

### Parteihochburgen von CDU und SPD wie 1979

Unterschiede im Wahlverhalten können nicht nur anhand demographischer Merkmale wie Geschlecht und Alter, sondern auch anhand politischer und so-

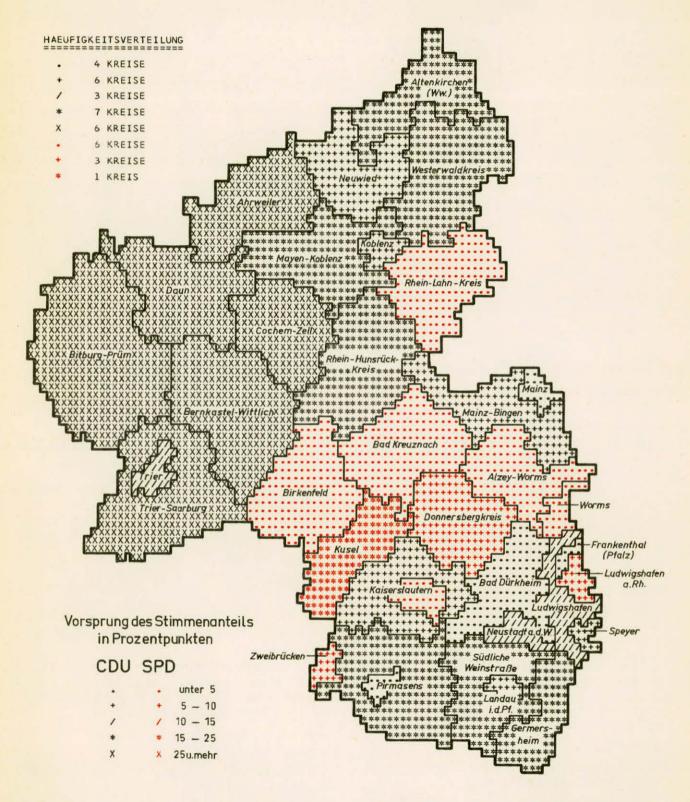
# Mehrheitsverhältnisse in den kreisfreien Städten und Landkreisen bei der Landtagswahl 1983



### Mehrheitsverhältnisse in den Wahlkreisen und Verwaltungsbezirken 1979 – 1983 (Stimmenanteil der stärksten Partei und ihr Vorsprung vor der zweitstärksten Partei)

Land	Lan	dtagswahl	1983	Lan	dtagswahl	1979		estagswahl weitstimme	
Wahlkreis Verwaltungsbezirk	Partei	Anteil	Vor- sprung	Partei	Anteil	Vor- sprung	Destal	Anteil	Vor-
	rantei	%	Prozent- punkte	Parter	%	Prozent- punkte	Partei	%	Prozent punkte
			L	and					
Rheinland-Pfalz	CDU	51,9	12,3	CDU	50,1	7,8	CDU	49,6	11,2
			Wah	kreise					
Wahlkreis 1 Wahlkreis 2	CDU	54,4 57,1	16,1	CDU	52,2 55,8	11,0	CDU	52,2 54,7	15,3
Wahlkreis 3 Wahlkreis 4	CDU	47,2 48,8	3,1	SPD	47,0 47,4	2,2	CDU	44,1	1,5 6,6
			Regierur	ngsbezirke					
Koblenz Trier	CDU	53,3 62,5	14,6 32,7	CDU	51,3 61,5	9,9	CDU	51,1 59,8	13,8
Rheinhessen-Pfalz	CDU	48,0	5,1	CDU	46,2	0,5	CDU	45,8	4,2
7			Kreisfre	eie Städte					
Frankenthal (Pfalz) Kaiserslautern	SPD	47,3 47,2	2,4	SPD SPD	47,7 49,1	2,8	SPD	44,5 46,2	1,0
Koblenz Landau i.d.Pfalz	CDU	50,3 48,9	9,2 9,5	CDU	49,2 48,1	5,7 5,3	CDU	47,9 46,5	8,6 8,2
Ludwigshafen a.Rhein Mainz	SPD	49,1 47,3	5,4 4,8	SPD	52,9 45,7	12,6	SPD	47,5 43,6	6,1
Neustadt a.d.Weinstr. Pirmasens	CDU	52,3 48,1	14,0 3,7	CDU	51,3 47,5	11,0	CDU	49,1 45,5	11,2
Speyer Trier	CDU	49,1 52,1	7,3	CDU	49,0 52,7	5,4	CDU	45,5 48,7	4,1 9,8
Worms Zweibrücken	SPD	48,6 47,6	4,9 5,2	SPD SPD	51,2 50,1	10,1	SPD	47,8 47,4	6,8
			Land	kreise					
Ahrweiler Altenkirchen (Ww.)	CDU	68,0 54,2	43,2	CDU	67,0 52,2	39,8 12,3	CDU	65,4 52,7	41,7
Alzey-Worms Bad Dürkheim	SPD	46,9 47,7	3,6	SPD CDU	49,5 46,4	9,1	SPD	45,8 45,6	5,2
Bad Kreuznach Bernkastel-Wittlich	SPD	45,2	0,0	SPD	46,7	3,3	SPD	43,8	1,2
Birkenfeld	SPD	64,3 47,8	38,2	SPD	62,9 50,3	34,1	SPD	62,5 46,2	36,7 5,6
Bitburg-Prüm Cochem-Zell	CDU	67,5 68,7	41,8 46,5	CDU	65,9 70,3	38,0 45,3	CDU	64,6 68,4	39,6 46,7
Daun Donnersbergkreis	SPD	70,7	47,4 8,0	CDU SPD	70,5 52,5	46,2 14,6	SPD	68,2 47,6	45,7
Germersheim Kaiserslautern	CDU	54,2 49,3	19,0 6,7	CDU	52,6 47,4	14,3	CDU	53,8 48,1	19,3
Kusel Ludwigshafen	SPD	55,2 52,1	18,8 11,6	SPD	57,8 50,0	23,5 6,8	SPD	53,6 49,4	18,0
Mainz-Bingen Maven-Koblenz	CDU	49,8 54,9	9,3	CDU	47,3 52,5	3,9	CDU	45,9 52,8	7,0
Neuwied	CDU	51,3	9,8	CDU	49,0	4,8	CDU	48,8	9,0
Pirmasens Rhein-Hunsrück-Kreis	CDU	58,3 53,1	24,9 17,3	CDU	57,7 51,5	22,1 14,3	CDU	57,1 51,4	24,5
Rhein-Lahn-Kreis Südliche Weinstraße	SPD	46,3 55,3	0,2	SPD	49,6 53,6	6,8 16,8	SPD	45,2 54,0	2,2
Trier-Saarburg Westerwaldkreis	CDU	61,2 56,4	29,4 19,8	CDU	59,4 54,0	24,0 14,3	CDU	58,3 54,6	26,6 19,6
Wester Wardkington	, cba		ewählte krei			1 14,5 1	CDG	34,0	1 15,0
Andernach	CDU	50,0	6,3	SPD	49,2	2,8	CDU	48,6	7,5
Bad Kreuznach Bad Neuenahr-Ahrweiler	CDU	45,1 66,0	1,5 40,2	SPD	44,4 64,7	0,5 27,9	SPD CDU	43,1 63,5	1,3
Bingen am Rhein Idar-Oberstein	CDU	53,7	15,2 7,0	CDU	52,0 52,1	10,8	CDU	50,8 47,4	13,9
Ingelheim am Rhein	CDU	47,7	5,7	CDU	45,5	0,9	CDU	42,9	8,0 2,8
Lahnstein Mayen	CDU	48,2 49,1	4,3 4,9	CDU	48,1 48,0	2,8 0,6	CDU	44,8 46,6	1,5 2,9
Neuwied	SPD	50,1	7,5	SPD	52,4	11,7	SPD	48,2	7,7

# Vorsprung der stärksten Partei bei der Landtagswahl 1983



Wahlbeteiligung und Stimmenanteile in Abhängigkeit von politischen und sozialen Strukturen

		Land	dtagswahl	1983		2		derung gswahl 197	9
Strukturmerkmal	Wähler	CDU	SPD	F.D.P.	Grüne	Wähler	CDU	SPD	F.D.P.
			%		7. 67.		Prozer	tpunkte	
CDU-Anteil 1979 niedrig hoch	89,6 90,9	44,3 60,8	46,7 31,0	3,7	4,8 4,3	9,4	2,3	- 2,8 - 2,6	- 3,3 - 2,2
Landesdurchschnitt	90,4	51,9	39,6	3,5	4,5	9,0	1,8	- 2,7	-2,9
SPD-Anteil 1979 niedrig hoch Landesdurchschnitt	91,4 89,2 90,4	59,9 43,6 51,9	31,7 47,7 39,6	3,8 3,6 3,5	4,3 4,5 4,5	8,3 9,5 9,0	1,4 2,4 1,8	- 2,5 - 2,6 - 2,7	-2,5 -3,2 -2,9
F.D.PAnteil 1979 niedrig hoch Landesdurchschnitt	90,2 90,8 90,4	58,2 49,7 51,9	34,6 40,2 39,6	2,6 4,7 3,5	4,2 4,9 4,5	9,6 8,5 9,0	1,4 2,1 1,8	-2,8 -2,6 -2,7	- 2, 1 - 3, 4 - 2, 9
Wahlbeteiligung 1983 niedrig hoch Landesdurchschnitt	88,5 92,2 90,4	49,0 55,8 51,9	42,3 35,2 39,6	3,2 4,1 3,5	5,0 4,5 4,5	10,4 7,7 9,0	1,6 1,6 1,8	- 2,6 - 2,7 - 2,7	- 3,1 - 2,6 - 2,9
Katholikenanteil niedrig hoch Landesdurchschnitt	89,5 90,3 90,4	44,4 59,6 51,9	46,8 32,7 39,6	3,6 3,1 3,5	4,5 4,3 4,5	9,3 9,3 9,0	2,2 1,4 1,8	- 2,6 - 2,8 - 2,7	- 3, 1 - 2, 3 - 2, 9
Einwohnerdichte niedrig hoch Landesdurchschnitt	91,1 89,2 90,4	57,0 48,0 51,9	34,4 43,2 39,6	3,7 3,1 3,5	4,3 5,2 4,5	8,4 9,9 9,0	1,6 1,6 1,8	- 2,6 - 2,7 - 2,7	-2,5 -3,2 -2,9
Anteil der Erwerbspersonen im produzierenden Gewerbe niedrig hoch Landesdurchschnitt	89,6 90,9 90,4	55,1 50,7 51,9	36,2 41,3 39,6	3,4 3,2 3,5	5,0 4,3 4,5	9,3 8,9 9,0	1,3 2,0 1,8	- 2,6 - 2,8 - 2,7	- 3,0 - 2,7 - 2,9
Anteil der Erwerbspersonen im Dienstleistungssektor niedrig hoch Landesdurchschnitt	91,2 89,3 90,4	50,4 50,6 51,9	40,9 40,9 39,6	3,7 3,1 3,5	4,3 4,9 4,5	8,4 9,8 9,0	2,1 1,6 1,8	- 2,8 - 2,8 - 2,7	- 2,7 - 3,0 - 2,9
Anteil der Erwerbspersonen in Land- und Forstwirtschaft niedrig hoch Landesdurchschnitt	89,1 91,3 90,4	48,2 54,5 51,9	43,4 36,4 39,6	2,9 4,3 3,5	5,0 4,5 4,5	10,2 8,1 9,0	1,6 1,7 1,8	- 2,6 - 2,6 - 2,7	- 3,1 - 2,8 - 2,9

zialer Strukturen beobachtet werden. Für die Analyse wurden die kreisfreien Städte und Landkreise nach hohen und niedrigen Anteilen von CDU-, SPD-und F.D.P.-Wählern bei der Landtagswahl 1979, dem Katholikenanteil, der Bevölkerungsdichte sowie nach dem Anteil der Erwerbspersonen im produzierenden Gewerbe, im Dienstleistungssektor sowie in der Land- und Forstwirtschaft gruppiert.

Hierbei zeigt sich, daß die CDU nach wie vor ihre höchsten Stimmenanteile in Gebieten mit geringer Einwohnerdichte, in ländlich strukturierten Regionen hat. Charakteristisch für die CDU-Hochburgen ist ferner ein hoher Katholikenanteil und eine überdurchschnittliche Beschäftigungsquote in der Landwirtschaft. Es handelt sich hierbei vor allem um das Gebiet der Eifel im Nordwesten des Landes, das sind die Landkreise Daun, Ahrweiler, Bitburg-Prüm und Bernkastel-Wittlich.

### Überdurchschnittliche CDU-Gewinne und SPD-Verluste in den SPD-Hochburgen

Die Gewinne der CDU sind am ausgeprägtesten in Gebieten mit niedrigem Katholikenanteil und einem hohen Anteil von Erwerbspersonen im produzierenden Gewerbe. Dies sind die sogenannten SPD-Hochburgen. Hier sind zugleich die Verluste der SPD überdurchschnittlich hoch. Dennoch erreichte die SPD auch bei dieser Landtagswahl die besten Ergebnisse wieder in ihren bisherigen Parteihochburgen, den kreisfreien Städten Ludwigshafen und Worms sowie in den Landkreisen Birkenfeld, Kusel und im Donnersbergkreis. In diesen Gebieten fallen auch die F.D.P.-Verluste am höchsten aus, während sie in Gebieten mit hohem CDU-Anteil deutlich niedriger sind.

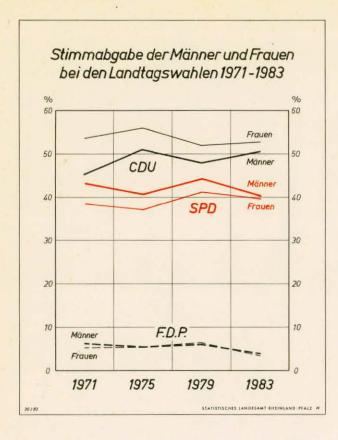
Die Grünen, die sich erstmals um den Einzug in den rheinland-pfälzischen Landtag bewarben, erzielten in Gebieten urbanen Charakters bessere Ergebnisse als im Landesdurchschnitt.

### Hohe Stimmenanteile der CDU bei hoher Wahlbeteiligung

Untersucht man den Einfluß der hohen Wahlbeteiligung auf das Wahlergebnis, so fallen die Stimmenanteile der CDU mit zunehmender Wahlbeteiligung höher aus, die SPD-Anteile dagegen bleiben unter

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen bei den Landtagswahlen 1979 und 1983

			Von 100		Vo	n 100 gültig	jen Stimmer	n entfielen	auf	
Altersgruppe	Wahl	Wahl- be- teiligung	Stimmen waren ungültig	CDU	SPD	F.D.P.	NPD	DKP	Grüne	ASG
				Ins	gesamt					
18 - 25 Jahre	L 1983 L 1979	84,3 67,9	0,8	44,8 42,7	39,7 49,5	2,4	0,1 C,5	0,1	12,8	0,0
25 - 35 Jahre	B 1983 L 1983	84,3 86,8	0,8	42,7 42,9 47,2	38,6	5,9	0,2	0,1	12,2 7,9	0,1
25 - 35 Jahre	L 1979 B 1983	74,4 86,8	0,7	46,2 45,3	46,5 39,2	6,4 6,5	0,4	0,3	8,4	-
35 - 45 Jahre	L 1983 L 1979	92,5 83,6	0,8 1,3	54,6 51,6	38,1 41,0	3,9 6,5	0,1 0,5	0,2 0,3	3,0	0,1
45 - 60 Jahre	B 1983 L 1983	92,4 93,6	1,3	52,3 53,2	35,6 40,3	8,5 4,1	0,2	0,2	3,2 1,8	0,1
	L 1979 B 1983	85,9 93,5	1,5 2,0	50,4 51,2	42,0 38,9	6,0 7,5	1,0	0,4	1,9	-
60 u.mehr Jahre	L 1983 L 1979 B 1983	90,4 83,6 90,4	1,6 1,3 2,9	54,8 54,6 53,2	39,7 38,6 39,2	4,0 5,6 6,0	0,2 0,8 0,3	0,1 0,3 0,1	0,9 - 1,0	0,2
Insgesamt	L 1983 L 1979 B 1983	90,1 80,4 90,1	1,1 1,3 1,8	51,7 50,1 49,7	39,9 42,6 38,5	3,7 6,1 6,9	0,2 0,7 0,3	0,2 0,4 0,2	4,3 - 4,4	0,1
				М	änner					
18 - 25 Jahre	L 1983 L 1979 B 1983	85,0 68,4 85,0	0,7 1,6 0,7	45,6 41,8 43,2	39,2 50,3 37,9	2,4 6,1 6,1	0,1 0,6 0,3	0,2 0,7 0,1	12,5	-
25 - 35 Jahre	L 1983 L 1979 B 1983	87,2 73,1 87,1	0,5 0,8 0,7	46,2 44,5 44,9	41,0 48,3 38,4	3,3 5,9 6,5	0,1 0,6 0,4	0,2 0,5 0,2	9,1 - 9,6	0,1
35 - 45 Jahre	L 1983 L 1979 B 1983	92,3 83,3 92,3	0,7 1,2 1,2	54,0 50,0 52,2	38,3 42,3 35,2	3,9 6,3 8,4	0,2 0,8 0,3	0,3 0,4 0,2	3,3	0,1
45 - 60 Jahre	L 1983 L 1979 B 1983	94,1 87,0 94,1	1,2 1,7 1,7	52,1 48,4 50,1	40,8 43,4 38,9	4,5 6,1 8,3	0,3 1,3 0,5	0,3 0,7 0,2	1,9 - 1,8	0,2
60 u.mehr Jahre	L 1983 L 1979 B 1983	92,3 87,0 92,3	1,4 1,3 2,2	52,5 51,6 50,4	40,8 40,5 40,0	4,5 5,9 7,3	0,4 1,4 0,6	0,3 0,6 0,3	1,2	0,3
Zusammen	L 1983 L 1979 B 1983	90,7 80,7 90,7	1,0 1,4 1,4	50,4 47,9 48,5	40,2 44,3 38,3	3,8 6,1 7,5	0,2 1,0 0,4	0,3 0,6 0,2	4,9 - 5,0	0,1
				F	rauen					
18 - 25 Jahre	L 1983	83,7 67,5	0,8	43,9 43,6	40,3	2,5	0,1	0,1	13,0	0,1
25 11	B 1983	83,6	0,9	42,5	39,3	5,6	0,1	0,1	12,2	-
25 - 35 Jahre	L 1983 L 1979 B 1983	86,4 75,8 86,3	0,9 1,0 1,2	48,3 47,9 45,8	41,7 44,7 40,1	3,1 6,9 6,6	0,1 0,2 0,1	0,2 0,2 0,2	7,1	0,0
35 - 45 Jahre	L 1983 L 1979	92,6 84,0	0,8	55,2 53,2	37,9 39,8	4,0 6,6	0,1 0,3	0,1	2,6	0,1
45 - 60 Jahre	B 1983 L 1983	92,5 93,0	1,5	52,4 54,3	36,0 39,9	8,6 3,8	0,1	0,1	2,8	0,1
	L 1979 B 1983	85,0 93,0	1,4 2,3	52,1 52,3	40,9 38,9	6,0 6,7	0,7	0,2	1,9	-
60 u.mehr Jahre	L 1983 L 1979 B 1983	89,3 81,4 89,2	1,7 1,2 3,4	56,3 56,6 55,1	39,1 37,3 38,8	3,6 5,5 5,1	0,1 0,4 0,2	0,1 0,2 0,1	0,7	0,1
Zusammen	L 1983 L 1979 B 1983	89,6 80,0 89,5	1,2 1,3 2,1	52,8 52,0 50,8	39,7 41,1 38,6	3,5 6,2 6,4	0,1 0,4 0,1	0,1 0,2 0,1	3,7	0,1



dem Durchschnitt. Dieses Ergebnis steht im Gegensatz zu früheren Beobachtungen. Bisher galt, daß die CDU und die kleineren Parteien, wie die F.D.P., bei hoher Wahlbeteiligung weniger gut abschneiden als bei geringerer, während der SPD eine hohe Wahlbeteiligung zugute kam.

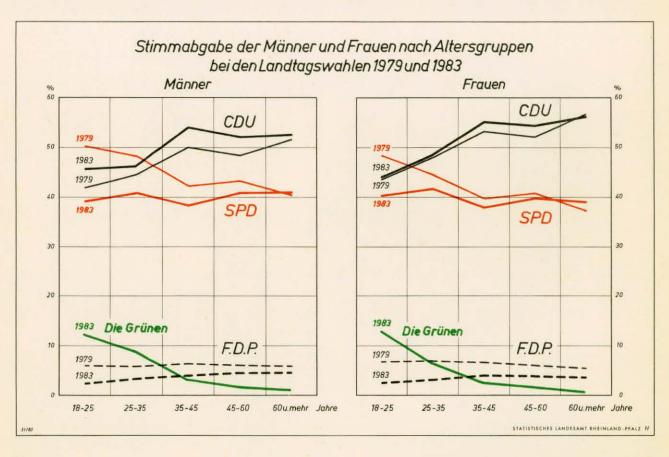
### CDU-Anteile in allen Altersgruppen am höchsten, absolute CDU-Mehrheit diesmal auch bei den Männern

Erkenntnisse über die Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien nach Alter und Geschlecht vermittelt die repräsentative Wahlstatistik. Sie ist wegen des Gebots der Wahrung des Wahlgeheimnisses auf das Geschlecht der Wahlberechtigten sowie auf ihre Zugehörigkeit zu einer von fünf Altersgruppen beschränkt. Aus den gleichen Gründen muß auf die Einbeziehung der Briefwähler verzichtet werden.

Bei den Frauen erhielt die CDU 52,8% der Stimmen, die SPD 39,7%, die Grünen 3,7% und die F.D.P. 3,5%. Anders als bei der vorherigen Landtagswahl konnte die CDU diesmal auch bei den Männern die absolute Mehrheit der Stimmen mit 50,4% auf sich vereinigen. Die SPD folgt mit 40,2%, die Grünen mit 4,9% und die F.D.P. mit 3,8%.

Der Stimmengewinn der CDU im Vergleich zur Landtagswahl 1979 ist in erster Linie auf die Männer zurückzuführen, bei denen der Zuwachs 2,5 Prozentpunkte betrug gegenüber 0,8 bei den Frauen. Die F.D.P. und die Grünen bekamen von den Männern mehr Stimmen als von den Frauen, die Differenzen betragen 0,3 bzw. 1,2 Prozentpunkte.

Erhebliche Unterschiede im Wählerverhalten zeigen sich in den verschiedenen Altersgruppen. Die CDU



		19	83		1979					
Wahlkreis	Sitze insgesamt	CDU	SPD	F.D.P.	Sitze insgesamt	CDU	CDU SPD			
1	27	16	11	=	26	14	11	1		
2	24	15	9	1-	25	14	9	2		
3	23	12	11	-	23	11	11	1		
4	26	14	12	-	26	12	12	2		
Rheinland-Pfalz	100	57	43		100	51	43	6		

erreichte klar die absolute Mehrheit bei den 35- bis 45jährigen (54,6%), den 45- bis 60jährigen (53,2%) sowie bei den 60 Jahre alten und älteren Wählern (54,8%). In den ersten beiden Gruppen war die Zunahme ihrer Stimmenanteile gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl mit 3 bzw. 2,8% am größten. Die Jungwähler, von denen 1979 noch 49,5% die SPD gewählt hatten, entschieden sich mit relativer Mehrheit (44,8%) für die CDU. In dieser Altersgruppe mußte die SPD (39,7%) mit 9,8 Prozentpunkten die größten Verluste hinnehmen, während sie bei den 60 Jahre und älteren Wählern mit jetzt 39,7% der Stimmen ein Plus von 1,1 Prozentpunkten verbuchen konnte. In der Gruppe der 25- bis 35jährigen verlor die SPD ihre relative Mehrheit aus dem Jahre 1979 an die CDU. Diese erreichte einen Vorsprung von 5,9 Prozentpunkten.

Am augenfälligsten ist das unterschiedliche Wahlverhalten der einzelnen Altersgruppen bei den Grünen, die von der Gruppe der 18- bis 25jährigen Wähler 12,8% der Stimmen erhielten. Die Stimmenanteile fallen jedoch mit zunehmendem Alter rapide ab. Von den 45- bis 60jährigen Wählern gaben 1,8%, von den vor 1924 Geborenen nur 0,9% ihre Stimme den Grünen.



Die F.D.P. verlor Stimmenanteile in allen Altersgruppen, am stärksten ebenso wie die SPD bei den Jungwählern, bei denen der Anteil der Freien Demokraten von 6,4 auf 2,4% zurückging.

### Die Abgeordneten des Zehnten Landtags

Von den 100 Abgeordneten des Zehnten Landtags Rheinland-Pfalz gehören 22 zum erstenmal dem Parlament an. 14 von ihnen entsendet die CDU und acht die SPD. Die Zahl der weiblichen Abgeordneten erhöhte sich von zehn auf elf, sechs gehören der CDU, fünf der SPD an.

Mehr als die Hälfte der Abgeordneten des Zehnten Landtags sind Angehörige des öffentlichen Dienstes. Ihre Zahl hat sich jedoch von 61 auf 53 verringert. 36 gehören der CDU-, 17 der SPD-Fraktion an. Zwölf Arbeitnehmer kommen nicht aus dem öffentlichen Dienst. Acht Abgeordnete sind hauptamtliche Geschäftsführer, fünf selbständige Kaufleute, je vier sind Rechtsanwälte bzw. Ingenieure.

### Durchschnittsalter der Abgeordneten 48 Jahre

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten des Zehnten rheinland-pfälzischen Landtags liegt mit 48 Jahren um ein Jahr höher als im Neunten Landtag. Das Durchschnittsalter der SPD-Abgeordneten beträgt 47 Jahre. Die CDU-Parlamentarier, die den Alterspräsidenten mit 69 Jahren stellen, sind im Durchschnitt 49 Jahre alt. Einer der 100 Abgeordneten ist jünger als 30 Jahre. 15 Parlamentarier sind zwischen 30 und 40 Jahre, 41 zwischen 40 und 50 Jahre, 37 zwischen 50 und 60 Jahre, sechs über 60 Jahre alt.

### Alle Verwaltungskreise im Parlament vertreten

Jeder der 36 Verwaltungskreise des Landes stellt mindestens einen Abgeordneten. Mit jeweils fünf Abgeordneten sind die Landkreise Mayen-Koblenz, Bad Kreuznach und Mainz-Bingen am stärksten vertreten. Aus dem Landkreis Neuwied und dem Westerwaldkreis kommen ebenso wie aus den kreisfreien Städten Koblenz, Trier und Ludwigshafen je vier Abgeordnete. Die Landkreise Cochem-Zell und Daun sowie die Stadt Landau stellen jeweils einen Abgeordneten.

Dr. M. Unglaub/Diplom-Kaufmann E. Helms

## Kommunale Haushaltspläne 1983

Nach § 101 der Gemeindeordnung haben die Kommunen ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Sie ist jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuschreiben. Die vorliegenden Haushaltsansätze der Gemeinden und Gemeindeverbände wurden der nach dem finanzstatistischen Gesetz jährlich durchzuführenden Finanzplanungsstatistik entnommen. Neben dem eigentlichen Betrachtungsjahr 1983 sind die Jahre 1981 und 1982 ausgewiesen. Die Ansätze für 1981 stammen aus der Finanzplanungsstatistik 1981 bis 1985, für 1982 und 1983 aus der Finanzplanung 1982 bis 1986. Im Interesse eines möglichst frühzeitigen Überblicks über die Haushaltsplanung 1983 wurden die Ansätze der zum Zeitpunkt der Datenaufbereitung noch ausstehenden Gemeinden (Gv.) mittels eines maschinellen Verfahrens geschätzt. Komplett vorhanden sind die Haushaltsansätze sämtlicher Landkreise und kreisfreien Städte sowie aller kreisangehörigen Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern.

### Orientierungshilfen für die Haushaltsgestaltung

Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung und die daraus abzuleitenden Orientierungsdaten für die Schätzung der Einnahmen und Ausgaben sind im Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung zumeist mit Unsicherheiten belastet und erschweren die Veranschlagung. Mit Haushaltsrundschreiben vom 22. Dezember 1982 hat das Ministerium des Innern und für Sport den Gemeinden (Gv.) Leitlinien für die Haushaltswirtschaft 1983 sowie Orientierungsdaten für die mittelfristige Finanzplanung bekanntgegeben. Den dort enthaltenen Annahmen über die Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahre 1983 lagen die Ergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 25./26. Oktober 1982 zugrunde. Die Verwaltungen waren jedoch gehalten, die recht globalen Orientierungsdaten unter Berücksichtigung örtlicher Sonderfaktoren zu modifizieren. Daher standen die Planungen vielfach in einem Spannungsfeld von notwendiger Konsolidierung einerseits und Beschäftigungsanregung andererseits. Im Sinne der Empfehlung des Finanzplanungsrates vom 29. November 1982 sollten in Verfolgung der vorgenannten Zielsetzung die konsumtiven Ausgaben zugunsten zukunftsorientierter Ausgaben mit beschäftigungs- und investitionsfördernder Wirkung eingeschränkt werden.

### Gesamtausgaben niedriger als in beiden Vorjahren

Die veranschlagten Ausgaben der Kommunen belaufen sich 1983 auf 10,4 Mrd. DM. Das entspricht einer Abnahme um 2,5% gegenüber den Ansätzen des Vorjahres. Die Ausgaben des Verwaltungshaushalts erhöhen sich um 2,4% auf 6,9 Mrd. DM. Im Vermögenshaushalt sind mit 3,5 Mrd. DM 10,8% weniger eingestellt. Die geplanten Kreditaufnahmen liegen mit 1,6 Mrd. DM um rund 7% unter dem Vorjahresbedarf.

### Anstieg der Personalausgaben auf 2,4% begrenzt

Nach den Ansätzen erhöhen sich die Ausgaben des Verwaltungshaushalts im Jahre 1983 um durchschnittlich 2.4%. Im Jahre 1982 hatte die entsprechende Steigerungsrate bei 2,1% gelegen. Mit diesem vergleichsweise geringen Anstieg tragen die kommunalen Gebietskörperschaften überwiegend der Forderung Rechnung, die konsumtiven Ausgaben zu begrenzen. Die Personalausgaben sollen um 2,4% (Vorjahr: + 3,2%) auf insgesamt 2 Mrd. DM ansteigen. Ihnen kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als sie mit einem Anteil von rund 30% der gewichtigste Einzelposten innerhalb der Ausgaben des Verwaltungshaushalts sind. Inwieweit die geplante Begrenzung des Personalkostenanstiegs realisiert werden kann, hängt unter anderem davon ab, ob in den Tarifverhandlungen für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes eine Anhebung der Löhne und Gehälter in der gleichen Größenordnung vereinbart wird, wie sie nach dem Willen der Bundesregierung im Bereich der Beamtenbesoldung für 1983 mit einer Anpassung der Bezüge um lediglich 2% ab Mitte des Jahres vorgesehen ist. Weiterhin wird für die Entwicklung der Personalausgaben auch von Bedeutung sein, ob die Kommunen ihren Personalbestand halten, ausbauen oder aber reduzieren werden. Während nach den Ergebnissen der Personalstandsstatistik das vollbeschäftigte kommunale Personal 1981 noch um 2,3% ausgeweitet worden war, wurde zum Stichtag 30. 6. 1982 ein leichter Personalrückgang um 0,3% auf 50 540 Bedienstete festgestellt.

Der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand wurde mit 1,9 Mrd. DM veranschlagt, was einer Zuwachsrate um 2,5% entspricht. Ob diese Ansätze gehalten oder gar unterschritten werden können, hängt maßgeblich von der Entwicklung der Energiekosten ab, die derzeit eine fallende Tendenz zeigen. Die Ausgaben für die allgemeinen Zuweisungen und Umlagen, darunter die Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen, sind mit gut 1 Mrd. DM um 3,5% höher angesetzt als 1982. Die Ausgaben für soziale Leistungen, das heißt insbesondere die Leistungen der Sozialhilfe, der Jugendhilfe sowie der Kriegsopferfürsorge, sind mit knapp 800 Mill. DM veranschlagt. Das entspricht einer Zunahme um 3,2% gegenüber 1982.

Die Zinsausgaben bedeuteten in den vergangenen Jahren stets eine erhebliche zusätzliche Belastung der Haushalte. Für 1983 wird nach den Haushaltsansätzen mit einer weiteren Erhöhung dieses Ausgabepostens auf insgesamt 628 Mill. DM gerechnet. Allerdings ist dies eine Steigerung um lediglich 2%, nachdem 1981 und 1982 die entsprechenden Zuwachsraten noch bei rund 20% gelegen hatten. In den Ansätzen für 1983 spiegelt sich zum einen die geplante geringere Nettokreditaufnahme in diesem

Ausgabe-/Einnahmeart	1981	1982	1983 <sup>p</sup>	1982	1983
		Mill.DM			zum Vorjahr %
Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts	10 448	10 631	10 370	1,8	- 2,5
Personalausgaben	1 925	1 986	2 033	3,2	2,4
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (ohne					
innere Verrechnungen und kalkulatorische Kosten) Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke,	1 823	1 881	1 927	3,2	2,5
Schuldendiensthilfen	334	311	305	- 6,9	- 2,0
Soziale Leistungen 2)	820	774	799	- 5,5	3,2
Zinsausgaben	521	616	628	18.1	2,0
Allgemeine Zuweisungen und Umlagen	968	991	1 026	2,4	3,5
Zuführung an Rücklagen	46	54	42	18,3	- 21,9
Gewährung von Darlehen, Zuweisungen und Zuschüsse	1.5	1910	1,69	10,0	
für Investitionen	227	210	178	- 7,4	- 15,4
Sachinvestitionen	2 706	2 313	2 021	- 14,5	- 12,6
Erwerb von Grundstücken	333	276	183	- 17,3	- 33,7
Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	124	109	80	- 11,7	- 27,3
Baumaj3nahmen	2 249	1 928	1 759	- 14,3	- 8,8
Tilgung von Krediten	760	1 242	1 175	63,5	- 5,4
Einnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts	10 403	10 541	10 208	1,3	-3,2
Steuern	2 705	2 690	2 752	- 0.6	2,3
Grundsteuern	318	329	342	3,4	3,8
Gewerbesteuer (netto)	1 031	955	967	-7,4	1,3
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	1 208	1 244	1 284	3,0	3,2
Andere Steuern, steuerähnliche Einnahmen	147	161	159	9,5	- 1,3
Allgemeine Zuweisungen und Umlagen	2 126	2 137	2 155	0,5	0,9
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	1 750	1 750	1 791	0,0	2,3
Gebühren und zweckgebundene Abgaben	640	691	729	8,1	5,4
Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, sonstige					
Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	354	364	368	2,8	1,3
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke,		-			
Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushalts	756	695	694	- 8,1	-0,2
Entnahmen aus Rücklagen	295	231	111	- 21,6	- 52,1
Beiträge und ähnliche Entgelte	472	471	415	-0,2	- 12,0
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und					
Investitionsförderungsmaßnahmen	861	760	696	- 11,8	- 8,4
Einnahmen aus Krediten	1 451	1 752	1 630	20,7	-6,9

<sup>1)</sup> Bereinigte Bruttoausgaben bzw. bereinigte Bruttoeinnahmen. - 2) Ab 1982 ohne Wohngeldleistungen.

Jahr wider wie auch die Erwartungen auf eine Senkung des hohen Zinsniveaus der Vorjahre. Niedrigere Zinsen werden sich nicht nur bei der Aufnahme neuer, sondern auch bei möglichen Umschuldungen alter Kredite ergeben, die in der Hochzinsphase zu ungünstigen Konditionen aufgenommen wurden.

### Steuermehreinnahmen von 2,3% eingeplant

Bei den Einnahmen des Verwaltungshaushalts wird mit einer durchschnittlichen Erhöhung um 1,6% gegenüber dem Vorjahr gerechnet. Dabei sollen die Steuereinnahmen um 2,3% auf 2,8 Mrd. DM steigen. Hier wird abzuwarten sein, ob der für die zweite Hälfte des Jahres 1983 prognostizierte wirtschaftliche Aufschwung die Steuereinnahmeerwartungen bestätigt oder sogar eine Korrektur nach oben erlaubt. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist mit 1,3 Mrd. DM angesetzt, was einen Anstieg um 3,2% bedeutet. Auch bei den Grundsteuern wird mit einem etwas über dem Durchschnitt liegenden Zuwachs um 3,8% auf 342 Mill. DM gerechnet, wogegen bei der stark konjunkturempfindlichen Gewerbesteuer nur ein Mehraufkommen von 1,3% geschätzt wird, welches netto, d. h. nach Abführung der Gewerbesteuerumlage 967 Mill. DM betragen soll. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Umlagebelastung der Gemeinden ab 1983 von 80% auf 58% der Bemessungsgrundlage reduziert wurde, was die Nettoeinnahmen der Kommunen tendenziell verbessert hat.

Bei den Einnahmen aus den allgemeinen Zuweisungen und Umlagen, die mit 2,2 Mrd. DM eingeplant sind, wird eine geringfügige Verbesserung um 0,9% erwartet. Mit 1,8 Mrd. DM sind die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb veranschlagt. Das entspricht einem Plus von 2,3%. Die Einnahmen aus Gebühren und ähnlichen zweckgebundenen Abgaben sollen dabei um 5,4% überdurchschnittlich auf 729 Mill. DM ansteigen und damit zur Verbesserung der kommunalen Einnahmesituation beitragen. Mit 694 Mill. DM sind die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und die Erstattungen gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig (– 0,2%).

### Rückgang der Sachinvestitionen um 12,6%

Die Ausgaben des Vermögenshaushalts verzeichnen durchweg eine rückläufige Tendenz; sie liegen um rund ein Zehntel unter denen des Vorjahres. Die Ausgaben für den Grunderwerb belaufen sich auf 183 Mill. DM und liegen um etwa ein Drittel niedriger als im vorhergehenden Jahr. Beim Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens ergibt sich

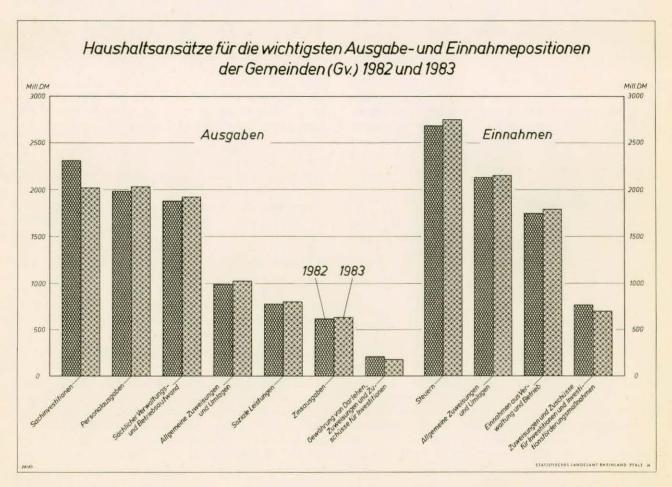
eine Reduzierung um 27,3% auf 80 Mill. DM. Die Ausgaben für Baumaßnahmen weisen einen Rückgang um rund 170 Mill. DM auf knapp 1,8 Mrd. DM auf. Das entspricht einer Abnahme um 8,8% im Vergleich zu 14,3% im Jahre 1982. Ebenfalls niedriger angesetzt sind die Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen; die Gewährung von Darlehen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen bleibt mit 178 Mill. DM um 15,4% unter den entsprechenden Ausgaben des Vorjahres zurück.

Für die Tilgung von Krediten ist mit 1,2 Mrd. DM ein beträchtlicher Betrag eingestellt. Dies bedeutet zwar einen Rückgang in Höhe von 5,4%, da aber gleichzeitig die Aufnahme von Krediten um 6,9% auf 1,6 Mrd. DM verringert werden soll, ergibt sich eine um 54 Mill. DM niedrigere Nettoneuverschuldung als 1982. Neben der Kreditaufnahme weisen die Haushaltsansätze im Vermögenshaushalt 696 Mill. DM an Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen aus. Dieser Betrag liegt um 8,4% unter dem des Vorjahres. Die Einnahmen aus Beiträgen, zum Beispiel Erschließungsbeiträgen, und ähnlichen Entgelten werden auf 415 Mill. DM (–12%) geschätzt. Die Rücklagenentnahmen sollen sich um über die Hälfte auf 111 Mill. DM verringern.

### Teilweise unterschiedliche Entwicklung bei den Landkreisen und kreisfreien Städten

Die Entwicklung einiger wichtiger Einnahme- und Ausgabepositionen wird bei den Landkreisen und

kreisfreien Städten zum Teil anders als bei der Gesamtheit der Gemeinden und Gemeindeverbände verlaufen. So gehen zum Beispiel die kreisfreien Städte von deutlich höheren Steigerungsraten bei den Ausgaben für die sozialen Leistungen (+ 7,3%) und für die Zinsausgaben (+ 4,9%) aus als der Durchschnitt aller Kommunen (+ 3,2 bzw. + 2%). Die Landkreise weisen bei diesen Ausgabepositionen Rückgänge um 0,5 und 1,2% auf. Ein unterschiedliches Bild zeigt sich vor allem auch bei den Haushaltsansätzen des Vermögenshaushalts. Hier liegt die Gewährung von Darlehen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen im Vergleich zum Vorjahr bei den kreisfreien Städten um 8,1% und bei den Landkreisen um 2,7% niedriger gegenüber einem Rückgang im Durchschnitt aller kommunalen Gebietskörperschaften um 15,4%. Auch die Entwicklung der Sachinvestitionen wird in den kreisfreien Städten trotz Reduzierung auf höherem Niveau verlaufen als im Gesamtdurchschnitt; der Erwerb von beweglichem Anlagevermögen soll in diesen Städten um 5,2% (Durchschnitt: - 27,3%) und der Erwerb von Grundstücken um 24,6% (- 33,7%) zurückgehen, wogegen die Landkreise ihre entsprechenden Ausgaben jeweils um nahezu die Hälfte reduzieren wollen. Die Ausgaben für Baumaßnahmen sind in den kreisfreien Städten sogar um 9,6% auf rund 400 Mill. DM erhöht, während die Änderungsraten bei den Landkreisen - 4.6% und im Gesamtdurchschnitt der Gemeinden - 8,8% betragen.



		den (Gv.) esamt P	Kreisfre	eie Städte	Land	reise
Ausgabe-/Einnahmeart	Mill.DM	Ver- änderung zum Vorjahr in %	Mill.DM	Ver- änderung zum Vorjahr in %	MIII.DM	Ver- änderung zum Vorjahr in %
Soziale Leistungen	799	3,2	305	7,3	311	-0,5
Zinsausgaben	628	2,0	257	4,9	96	- 1,2
Allgemeine Zuweisungen und Umlagen	1 026	3,5	7	2,5	20	12,9
Gewährung von Darlehen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	178	- 15,4	36	- 8,1	73	-2,7
Sachinvestitionen Erwerb von Grundstücken Erwerb von beweglichen Sachen des	2 021 183	- 12,6 - 33,7	499 68	2,3 -24,6	266 10	- 11,3 - 48,5
Anlagevermögens Baumaßnahmen	80 1 759	- 27,3 - 8,8	31 400	- 5,2 9,6	14 242	- 47,9 - 4,6
Steuern	2 752	2,3	1 065	1,9	78	0,1
Beiträge und ähnliche Entgelte	415	- 12,0	. 34	- 18,4	-	-
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	696	- 8,4	153	- 0,4	150	- 1,4

Die Zunahme der Steuereinnahmen wird im Durchschnitt aller Kommunen auf 2,3% geschätzt. Die Landkreise und kreisfreien Städte sind etwas pessimistischer; sie rechnen nur mit Zuwächsen von 0,1% bzw. 1,9%. Der Rückgang der Einnahmen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten ist in der Einschätzung der kreisfreien Städte mit – 18,4% stärker als im Gesamtdurchschnitt (– 12%), wogegen sie Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen erwarten, die nur unwesentlich (– 0,4%) unter dem Betrag des Vorjahres liegen. Die Haushaltsansätze insgesamt weisen hier einen Rückgang um 8,4% und die der Landkreise um 1,4% aus.

# Drei Zehntel der Investitionsausgaben für den Straßenbau

In der Finanzplanungsstatistik ist von den Gemeinden (Gv.) auch eine Aufteilung der veranschlagten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach Aufgabenbereichen vorzunehmen. Die Investitionsausgaben umfassen dabei neben den Sachinvestitionen - Vermögenserwerb und Baumaßnahmen - auch die Finanzinvestitionen, also den Erwerb von Beteiligungen und die Kapitaleinlagen. Bei den Förderungsmaßnahmen handelt es sich um die Gewährung von Darlehen und die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen.

Nach den Haushaltsansätzen werden die Kommunen 1983 mit 876 Mill. DM knapp zwei Fünftel der investiven Ausgaben in den Bereich Bau- und Wohnungswesen, Verkehr fließen lassen. Von diesem Betrag betreffen 672 Mill. DM den Straßenbau, das sind 30% der gesamten Investitionsausgaben. Gegenüber 1982 bedeutet dieser Ansatz einen Rückgang um 8,6%, wobei jedoch die kreisfreien Städte ihre Ausgaben für Straßenbaumaßnahmen um nahezu ein Zehntel auf 143 Mill. DM und die Landkreise sogar um gut 15% auf 119 Mill. DM erhöhen wollen.

In die öffentlichen Einrichtungen und die Wirtschaftsförderung sollen gut 480 Mill, DM, das sind 21,5 % der Gesamtsumme, investiert werden, was einem Rückgang um rund ein Siebtel entspricht. Bei den kreisfreien Städten und den Landkreisen ist die rückläufige Entwicklung mit - 11,4% geringer. Innerhalb der öffentlichen Einrichtungen entfällt mit 254 Mill. DM der größte Betrag auf die Abwasserbeseitigung, das sind 8,1% weniger als 1982. Die Ansätze der kreisfreien Städte gehen hier um 15% auf 54 Mill. DM zurück. Für die Abfallbeseitigung sollen 22 Mill. DM (- 6,7%) aufgewendet werden, darunter 7,5 Mill. DM (- 18,2%) von den Landkreisen. Relativ ausgeprägt ist der Investitionsrückgang bei der Wirtschaftsförderung, wo mit 205 Mill. DM über ein Fünftel weniger als ein Jahr zuvor veranschlagt wurde (kreisfreie Städte: - 8,7%).

Für Schulen sind investive Maßnahmen in Höhe von 290 Mill. DM geplant, 18,2% weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum, wobei die Kürzung der entsprechenden Mittel prozentual bei den kreisfreien Städten (- 13,2%) weniger ausgeprägt ist als bei den Landkreisen (- 25,3%). Die Investitionsentscheidungen für Schulen sind sicher auch vor dem Hintergrund rückläufiger Schülerzahlen zu sehen. So ist nach den Ergebnissen der Bevölkerungsprognose zwischen 1982 und 1990 in Rheinland-Pfalz mit einer Verminderung der Schülerzahlen um rund 25% zu rechnen. Bei den einzelnen Schularten ergibt sich hinsichtlich der geplanten Investitionen ein zum Teil unterschiedliches Bild. Der höchste Investitionsbetrag (121 Mill. DM) ist für die Grund- und Hauptschulen veranschlagt, was einen Rückgang um knapp ein Zehntel bedeutet. Je 46 Mill. DM sind für Investitionen bei Gymnasien (+ 14,5%) und berufsbildenden Schulen (- 12,3%) vorgesehen, 41 Mill. DM für Schulzentren (- 54%). 19 Mill. DM sind für die Sonderschulen (- 22,3%) und 15 Mill. DM für die Realschulen (+ 44,5%) eingeplant.

		neinden (Gv nsgesamt P	·.)	Kreisfre	ie Städte	Landk		Geme mit 10 000	gehörige inden ) und mehr ohnern
Aufgabengebiet	Mill.DM	Ver- änderung zum Vorjahr in %	Anteil in %	Mill.DM	Ver- änderung zum Vorjahr in %	Mill.DM	Ver- änderung zum Vorjahr in %	Mill.DM	Ver- änderung zum Vorjahr in %
Allgemeine Verwaltung	81	- 23,8	3,6	10	- 14,2	33	- 17,9	11	- 13,6
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	48	- 8,7	2,2	11	14,4	6	- 3,4	7	43,1
Schulen	290	- 18,2	13,0	82	- 13,2	105	- 25,3	16	- 31,4
Grund- und Hauptschulen	121	- 9,7	5,4	19	- 12,2	4	6,6	16	- 27,8
Realschulen	15	44,5	0,7	4	11,5	10	52,8	0	- 12,5
Gymnasien	46	14,5	2,1	18	2,1	28	25,4	0	- 55,9
Berufsbildende Schulen	46	- 12,3	2,0	18	- 2,9	27	- 17,0	-	- 100,0
Sonderschulen	19	- 22,3	0,9	5	- 24,0	14	- 14,5	0	- 71,4
Schulzentren	41	- 54,0	1,9	17	- 31,4	21	- 63,9	0	- 97,5
Übriges	2	- 50,4	0,1	0	- 53,9	1	- 30,7	-	-
Wissenschaft, Forschung, Kultur-			20.00	2000			B00211		7419
pflege	38	- 3,4	1,7	15	45,8	4	- 56,8	8	64,8
Soziale Sicherung	92	14,8	4,1	25	36,3	32	19,2	1.1	38,8
Einrichtungen der Sozialhilfe,									
der Kriegsopferfürsorge und	110-0275		1001110			10000			The second second
der Jugendhilfe	58	24,2	2,6	16	62,8	13	32,0	9	62,9
Übriges	34	1,7	1,5	10	7,6	19	11,6	2	- 22,8
Gesundheit, Sport, Erholung	168	- 8,8	7,5	32	- 5,7	15	- 24,6	32	- 5,9
Krankenhäuser	9	5,6	0,4	6	13,8	2	- 19,5	1	359,1
Sonstige Einrichtungen des									
Gesundheitswesens	4	38,7	0,2	0	- 93,1	1	- 8,6	0	- 69,8
Sportstätten und Badeanstalten	127	- 8,7	5,6	17	- 11,4	11	- 29,2	28	- 1,7
Übriges	29	- 16,9	1,3	9	1,8	1	51,1	3	- 38,7
Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	876	- 7,2	39,1	228	11,0	129	17,2	103	- 1,9
Straßen	672	- 8,6	30,0	143	9,6	119	15,1	69	- 3,0
Übriges	204	- 2,4	9,1	84	13,5	10	47,5	35	0,5
Öffentliche Einrichtungen, Wirt-	101			ne		10		5.5	
schaftsförderung	481	- 14,1	21,5	90	- 11,4	16	- 11,4	55	-8,1
Abwasserbeseitigung	254	- 8,1	11,3	54	- 15,0	0	- 50,0	34	- 15,2
Abfallbeseitigung	22	- 6,7	1,0	9	5,1	7	- 18,2	0	- 31,4
Übriges	205	- 21,2	9,1	27	-8,7	8	- 3,9	20	7,3
Wirtschaftliche Unternehmen,									
allgemeines Grund- und	165	- 28,8	7,4	55	- 12.8	10	61,9	32	-2,0
Sondervermögen	47			17	17,0	8		5	
Wirtschaftliche Unternehmen Allgemeines Grund- und Sonder-	47	- 7,2	2,1	1.7	(7,0	0	54,4	2	47,7
	119	- 34,8	5,3	37	- 22,1	2	107,3	27	-8,0
vermögen	119	- 34,8	5,3	37	- 22,1	2	107,3	27	- 8,0
Insgesamt	2 241	- 12,3	100,0	547	- 0,1	349	-7,0	274	- 3,6

<sup>1)</sup> Vermögenserwerb und Baumaj3nahmen. - 2) Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Gewährung von Darlehen.

Für den Aufgabenbereich Gesundheit, Sport, Erholung sollen sich die Investitionsausgaben 1983 um 8,8% auf 168 Mill. DM verringern. Davon entfallen allein 127 Mill. DM auf Sportstätten und Badeanstalten. Ebenfalls rückläufig sind die entsprechenden Ausgaben für die wirtschaftlichen Unternehmen und das allgemeine Grund- und Sondervermögen, die mit 165 Mill. DM (– 28,8%) veranschlagt sind.

### Mehr für die soziale Sicherung

Die soziale Sicherung ist der einzige Aufgabenbereich, für den eine Steigerung der investiven Ausgaben geplant ist, und zwar um 14,8% auf 92 Mill. DM. Von diesem Betrag sind 58 Mill. DM, das ist ein Anstieg um fast ein Viertel, für Einrichtungen der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe vorgesehen. Diplom-Kaufmann K. J. Hesse

# Das Iohnsteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 1980

### Abgrenzung des Erhebungsbereichs

Entsprechend dem im Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBI. I S. 665) vorgesehenen dreijährlichen Turnus wurde für das Jahr 1980 eine Statistik über das Iohnsteuerpflichtige Einkommen durchgeführt. In ihr wurden alle Erwerbstätigen nachgewiesen, die im Jahre 1980 Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit erzielten und am 31. Dezember 1980 in Rheinland-Pfalz ihren Wohnsitz hatten, unabhängig davon, wo sich ihr Arbeitsort befand. Arbeitnehmer sind Personen, die bei einem privaten oder öffentlichen Arbeitgeber gegen Entlohnung als Beamte, Angestellte, Arbeiter oder Auszubildende beschäftigt sind oder Pension bzw. eine Betriebsrente beziehen. Auch die Witwen- und Waisengeldempfänger waren zu berücksichtigen, soweit sie Zahlungen aus dem früheren Dienstverhältnis ihres Rechtsvorgängers erhalten. Die Arbeitnehmer werden in der Statistik als Lohnsteuerpflichtige bezeichnet, wobei Ehegatten, die beide Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen und gemeinsam einen Antrag auf Lohnsteuer-Jahresausgleich stellten oder zusammen zur Einkommensteuer veranlagt wurden und deren Lohnsteuerkarten zusammengeführt werden konnten, als ein einziger Lohnsteuerpflichtiger gezählt werden.

Durch die Lohnsteuerstatistik werden die Bruttoarbeitslöhne der Arbeitnehmer erfaßt. Als Arbeitslohn gelten alle Einnahmen aus einem gegenwärtigen oder früheren Dienstverhältnis. Zu nennen sind vor allem Gehälter, Löhne, Provisionen, Gratifikationen, Tantiemen, Sachbezüge, Witwen- und Waisengelder. Auch die vermögenswirksamen Leistungen sind im Bruttolohn enthalten. Darüber hinaus ist die bei einer Auflösung des Arbeitsverhältnisses dem Arbeitnehmer oder seinem Rechtsnachfolger gewährte Abfindung, Übergangsbeihilfe oder das Übergangsgeld Bestandteil des Arbeitslohnes, auch wenn diese Einnahmen größtenteils steuerfrei sind. Hat ein Arbeitnehmer neben seinen Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit noch andere Einkunftsguellen, so wird er dennoch nur mit seinem Bruttoarbeitslohn in der Statistik erfaßt. Die anderen Einkünfte bleiben unberücksichtigt.

In 86% der Fälle dienten Magnetbänder des Rechenzentrums der Finanzverwaltung mit den für die Statistik erforderlichen Angaben als Erhebungsunterlagen. Bei den restlichen Fällen wurden die Daten aus den Lohnsteuerkarten in Signierlisten übertragen und abgelocht, so daß die weitere Aufbereitung mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung erfolgen konnte. Gemessen am Bruttolohn waren die Fälle aus den Signierlisten jedoch von geringerer Bedeutung, denn sie vereinigten knapp 6% des Arbeitslohnes auf sich.

### Mehr als 1,5 Mill. Iohnsteuerpflichtige Arbeitnehmer

Im Jahre 1980 wurden 1 514 457 Iohnsteuerpflichtige Arbeitnehmer gezählt, 5,6% mehr als im Erhebungszeitraum 1977. Im Vergleich mit den Jahren 1974 und 1977 war die Zahl der in der Lohnsteuerstatistik erfaßten Fälle geringfügig zurückgegangen. Die gleiche Entwicklung beschreibt die Beschäftigungsstatistik, in der die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer erfaßt werden. Da hier im Gegensatz zur Lohnsteuerstatistik die Beamten, Versorgungsempfänger sowie Beschäftigte mit einem über oder unter der Sozialversicherungspflichtgrenze liegenden Entgelt nicht nachgewiesen werden, repräsentiert sie aber nur etwa drei Viertel der Lohnsteuerfälle. Auch ein Vergleich mit den Daten des Mikrozensus zeigt, daß die Zahl der dort nachgewiesenen abhängig Beschäftigten deutlich unter der in der Lohnsteuerstatistik erfaßten bleibt.

Der insgesamt verdiente Arbeitslohn erhöhte sich gegenüber 1977 um 24,5% auf 39,1 Mrd. DM. Im

Lohnsteuerpflichtige, deren Bruttolohn und Lohnsteuer nach Bruttolohngruppen 1974 – 1980

(Individualnachweis)

Bruttolohngruppe	1974	1977	1980
Lohnsteu	erpflichtige	(Fälle)	
1 - 2 400 DM 2 400 - 4 800 " 4 800 - 7 200 " 7 200 - 9 600 " 9 600 - 12 000 " 12 000 - 16 000 " 16 000 - 20 000 " 20 000 - 25 000 " 25 000 - 36 000 " 36 000 - 50 000 " 75 000 - 75 000 " 75 000 - 100 000 "	119 915 98 061 77 225 84 124 86 312 157 441 211 280 262 512 258 213 68 346 16 784 2 557 1 140	116 629 81 859 67 655 60 170 68 608 115 888 133 722 232 546 372 586 132 994 41 119 6 396 3 371	115 894 84 664 63 223 54 437 56 219 103 409 99 932 155 409 433 362 237 103 89 579 13 628 7 598
Insgesamt	1 443 910	1 433 543	1 514 457
	Bruttolohn (Mill.DM)		
1 - 2 400 DM 2 400 - 4 800 " 4 800 - 7 200 " 7 200 - 9 600 " 9 600 - 12 000 " 12 000 - 16 000 " 16 000 - 20 000 " 20 000 - 25 000 " 25 000 - 36 000 " 36 000 - 50 000 " 75 000 - 75 000 " 100 000 und mehr "	148 351 460 708 932 2 215 3 821 5 877 7 519 2 804 974 217 163	142 296 402 508 740 1 620 2 419 5 254 11 057 5 513 2 390 543 477	143 303 377 455 608 1 441 1 804 3 522 13 123 9 846 5 227 1 153 1 051
Insgesamt	26 189	31 360	39 054

Schnitt erzielte jeder Arbeitnehmer ein Bruttoeinkommen von 25 800 DM. Nahezu die Hälfte der Beschäftigten (48,4%) konnte jedoch nur über einen Bruttolohn von weniger als 25 000 DM verfügen. Der geringe Durchschnittsbruttolohn und die starke Besetzung in den unteren Größenklassen dürfte wesentlich durch die nicht ganzjährig Beschäftigten sowie die Teilzeitbeschäftigten geprägt sein.

Die Jahres-Lohnsteuer ist gegenüber 1977 um 19,6% auf 5,5 Mrd. DM gestiegen. Als Jahres-Lohnsteuer wird die einbehaltene Lohnsteuer nach Berücksichtigung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs vom Finanzamt erfaßt, wenn der Arbeitnehmer ausschließlich Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit hatte. Bei allen übrigen Steuerpflichtigen mit mehreren Einkunftsquellen wird als Jahres-Lohnsteuer in den Tabellen die einbehaltene Lohnsteuer nachgewiesen, so daß hier die effektive Lohnsteuerbelastung nicht wiedergegeben wird. Für die Steuerpflichtigen mit mehreren Einkunftsquellen kann die Jahres-Lohnsteuer nicht ausgewiesen werden, weil im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung die Steuer nicht für die einzelne Einkunftsart, sondern nur für die Einkünfte insgesamt festgesetzt wird.

Da die Jahres-Lohnsteuer je Steuerfall 1980 geringer gestiegen ist als der Durchschnittslohn, wurde Lohnsteuerpflichtige, deren Bruttolohn und Lohnsteuer nach Bruttolohngruppen 1974 – 1980

(Ehegatten, die beide lohnsteuerpflichtiges Einkommen bezogen haben, werden als ein Steuerpflichtiger nachgewiesen)

Bruttolohngruppe	1974	1977	1980
Lohn	steuerpflich	tige	
1 - 2 400 DM 2 400 - 4 800 " 4 800 - 7 200 " 7 200 - 9 600 " 9 600 - 12 000 " 12 000 - 16 000 " 16 000 - 20 000 " 20 000 - 25 000 " 25 000 - 36 000 " 36 000 - 50 000 " 50 000 - 75 000 " 75 000 - 100 000 "	93 382 72 072 52 351 55 614 56 548 109 152 150 508 194 455 269 826 123 757 35 887 4 551 1 466	94 307 60 405 50 050 40 178 45 215 74 347 92 074 157 743 296 791 185 642 87 477 13 551 4 784	95 707 64 958 47 822 38 357 36 553 65 263 65 008 107 186 299 437 236 103 166 406 30 714 12 589
Insgesamt	1 219 569	1 202 564	1 266 103
	Bruttolohn (Mill.DM)		
1 - 2 400 DM 2 400 - 4 800 " 4 800 - 7 200 " 7 200 - 9 600 " 9 600 - 12 000 " 12 000 - 16 000 " 20 000 - 25 000 " 25 000 - 36 000 " 36 000 - 50 000 " 50 000 - 75 000 " 75 000 - 100 000 "	114 259 310 468 611 1 539 2 720 4 365 8 009 5 127 2 085 382 201	114 219 297 339 487 1 040 1 667 3 563 8 915 7 823 5 107 1 142 648	118 231 285 320 395 907 1 176 2 429 9 113 9 970 9 854 2 599 1 657
Insgesamt	26 189	31 360	39 054
Jahre	-Lohnsteue	er <sup>1)</sup>	
1 - 2 400 DM 2 400 - 4 800 " 4 800 - 7 200 " 7 200 - 9 600 " 9 600 - 12 000 " 12 000 - 16 000 " 16 000 - 20 000 " 20 000 - 25 000 " 25 000 - 36 000 " 36 000 - 50 000 " 75 000 - 75 000 " 100 000 und mehr "	(Mill.DM)  1 4 17 33 55 162 320 539 1 121 849 404 89 63	1 2 5 12 25 79 161 399 1 167 1 206 1 003 292 217	0 1 2 6 13 46 88 230 1 035 1 331 1 629 573 508
Insgesamt	3 655	4 568	5 463

1) Bis 1977: Lohnsteuerpflichtige mit maschinell durchgeführtem Lohnsteuer-Jahresausgleich = festgesetzte Einkommensteuer; alle übrigen Lohnsteuerpflichtigen = einbehaltene Lohnsteuer (abzüglich der vom Finanzamt im manuellen Verfahren erstatteten Lohnsteuer).

1980: Lohnsteuerpflichtige mit maschinell durchgeführtem Lohnsteuer-Jahresausgleich und zur Einkommensteuer veranlagte Lohnsteuerpflichtige, die ausschließlich Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen haben = festgesetzte Einkommensteuer; alle übrigen Lohnsteuerpflichtigen = einbehaltene Lohnsteuer (abzüglich der vom Finanzamt im manuellen Verfahren erstatteten Lohnsteuer).

die Lohnsteuerbelastung gemildert. Die Arbeitnehmer mußten im Schnitt 14% ihres Bruttolohnes als Lohnsteuer zahlen, 0,6 Prozentpunkte weniger als 1977. Im Jahre 1968 hatte die Quote noch bei 8,1% gelegen.

# Durchschnittsverdienste um 18% auf 31 000 DM gestiegen

Nahezu ein Viertel aller Lohnsteuerpflichtigen verdiente im Jahre 1980 zwischen 25 000 und 36 000 DM. Diese Gruppe war bei den beiden vorhergehenden Erhebungen ebenfalls am stärksten besetzt. In diese Größenklasse fällt auch der Durchschnittslohn von knapp 31 000 DM, der sich gegenüber 1977 um 18,3% erhöhte. Nach Berücksichtigung der Preissteigerung für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von 12,8% verbleibt eine reale Einkommensverbesserung.

Vergleicht man die Steigerungsraten der Durchschnittslöhne in den letzten Jahren, so stellt man fest, daß sie ständig niedriger geworden sind. Die Einkommenszuwächse des Durchschnittsverdieners fielen von Erhebung zu Erhebung geringer aus. Dennoch erzielte jeder Steuerpflichtige 1980 im Schnitt einen nahezu dreifach höheren Arbeitslohn als 1968. Hierbei handelte es sich größtenteils um reale Einkommensverbesserungen, denn das Preisniveau stieg im gleichen Zeitraum nur um 74%. Die reale Kaufkraft der abhängig Beschäftigten hat sich also kräftig erhöht. Die Einkommensentwicklung wird auch durch die Untergliederung der Lohnsteuerpflichtigen nach Bruttolohngrößenklassen verdeutlicht. 1968 verdienten noch 44% der Lohnsteuerpflichtigen weniger als 9 600 DM, bis 1980 hat sich der Anteil auf 20% verringert. Mehr als die Hälfte der Lohnsteuerpflichtigen entfiel 1968 auf die Lohngruppe zwischen 7 200 und 16 000 DM, zwölf Jahre später befand sich die Mehrheit in der Größenklasse zwischen 25 000 und 75 000 DM.

Die Verteilung der Arbeitseinkommen ist im Zeitablauf ungleicher geworden. Überträgt und verbindet man die kumulierten Prozent-Werte in ein Koordinatensystem, in dem auf der Abszisse die Steuerpflichtigen und auf der Ordinate der Bruttolohn eingetragen ist, so zeigt die sich daraus ergebende Kurve, die die Abweichung einer Verteilung von der Gleichverteilung veranschaulicht, für das Jahr 1980 eine stärkere Krümmung als die für das Jahr 1968. Die Kurve für das Jahr 1968 zeigt, daß 60% der Lohnund Gehaltsempfänger einen Anteil von 36% an der gesamten Bruttolohnsumme besitzen, während sie 1980 nur noch einen Anteil von 29% stellen. Die Konzentration des Bruttolohns auf relativ wenige Steuerpflichtige hat sich also in den letzten Jahren verstärkt. Verantwortlich für diese Entwicklung kann zum einen die Tatsache sein, daß die Zahl der Ehegatten, die beide lohnsteuerpflichtiges Einkommen bezogen haben, wesentlich stärker zugenommen hat als die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen insgesamt. Diese Doppelverdiener werden nämlich als ein Steuerpflichtiger gezählt, wobei die beiden Bruttolöhne addiert werden und somit der Steuerpflichtige in eine höhere Lohngruppe eingestuft wird. Dagegen ist die Besetzung in den unteren Größenklassen deshalb nach

(Ehegatten, die beide lohnsteuerpflichtiges Einkommen bezogen haben, werden als ein Steuerpflichtiger nachgewiesen)

	Lohi	nsteuerpflic	htige		Bruttolohn		Ein-	Jahres-
	Steuer- belastete	Nichtsteu	erbelastete	Steuer- belastete	Nichtsteu	erbelastete	behaltene Lohnsteuer	Lohnsteuer 1)
Bruttolohngruppe	Anz	ahl	% der Lohnsteuer- pflichtigen insgesamt	1 000	0 DM	% des Bruttolohns der Lohnsteuer- pflichtigen insgesamt	steuerbe	olohns der lasteten teuer-
1 - 4 800 DM 4 800 - 9 600 " 9 600 - 16 000 " 15 000 - 20 000 " 20 000 - 25 000 " 25 000 - 30 000 " 30 000 - 36 000 " 36 000 - 40 000 " 40 000 - 45 000 " 50 000 - 60 000 " 75 000 - 75 000 " 75 000 - 100 000 "	8 118 26 937 74 665 59 950 105 537 137 448 161 090 85 540 83 007 67 351 99 617 66 657 30 686 10 409	152 547 59 242 27 151 5 058 1 649 559 340 70 87 48 69 63 28	94,9 68,7 26,7 7,8 1,5 0,4 0,2 0,1 0,1 0,1 0,1	21 607 214 312 976 822 1 086 254 2 392 935 3 789 596 5 297 722 3 246 023 3 521 499 3 194 394 5 433 883 4 411 918 2 597 009 1 206 862	327 614 390 296 324 747 90 156 36 106 14 887 10 958 2 644 3 569 2 232 3 682 4 130 2 335 1 467	93,8 64,6 25,0 7,7 1,5 0,4 0,2 0,1 0,1 0,1 0,1	53,9 13,6 9,5 10,3 11,3 12,3 13,3 13,9 14,6 15,2 16,4 18,7 22,6 28,3	8,0 3,5 6,0 8,1 9,6 10,8 11,8 12,6 13,4 14,1 15,4 18,0 22,1 28,0
150 000 und mehr " Insgesamt	2 163	246 928	19,5	447 275 37 838 108	1 215 768	3,1	38,1 15,7	38,0

<sup>1)</sup> Für die Lohnsteuerpflichtigen mit maschinell durchgeführtem Lohnsteuer-Jahresausgleich und die zur Einkommensteuer veranlagten Lohnsteuerpflichtigen, die ausschließlich Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen haben, wird hier die festgesetzte Einkommensteuer nachgewiesen, für alle übrigen Lohnsteuerpflichtigen dagegen die einbehaltene Lohnsteuer (abzüglich der vom Finanzamt im manuellen Verfahren erstatteten Lohnsteuer).

wie vor relativ hoch, weil die gestiegene Zahl der aufgrund von Arbeitslosigkeit oder Eintritt in das Erwerbsleben nicht ganzjährig beschäftigten Arbeitnehmer sowie der Teilzeitbeschäftigten mit ihren naturgemäß niedrigeren Löhnen diese Entwicklung maßgeblich mitbeeinflußt haben.

### Jeder Fünfte ohne Steuerbelastung

Vom Gesamtbetrag des in der Statistik nachgewiesenen Bruttolohns in Höhe von rund 39 Mrd. DM blieben 1,2 Mrd. DM oder 3,1% ohne Steuerbelastung. Für 247 000 Steuerpflichtige (19,5%) ergab sich keine steuerliche Belastung, weil das zu versteuernde Lohneinkommen, gegebenenfalls infolge zusätzlicher steuerfreier Abzugsbeträge in Form von Werbungskosten, Sonderausgaben und sonstigen Freibeträgen, noch unterhalb der Besteuerungsgrenzen lag. Diese Grenzen beliefen sich gemäß der Lohnsteuertabelle auf 6 744 DM in den Steuerklassen I und IV, auf 7 764 DM (mit Kind auf 10 404 DM) in Steuerklasse II, auf 12 204 DM in Steuerklasse III und in der Steuerklasse V setzte die Besteuerung bei 1 104 DM ein.

Die Zahl der Steuerbefreiten ist seit der letzten Erhebung abermals gestiegen. Dies ist zum einen auf die um bis zu 35% heraufgesetzten Besteuerungsgrenzen zurückzuführen. Darüber hinaus wirkte sich die Einführung bzw. Erhöhung von Freibeträgen steuerentlastend aus. So wurde beispielsweise im Jahre 1980 ein Kinderbetreuungsbetrag von 1 200 DM eingeführt, der allerdings mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung mit Beginn des Jahres 1983 gestrichen wurde. Auch der Weihnachts-Freibetrag wurde um 200 DM auf 600 DM erhöht. Daneben können seit 1979 Unterhaltsleistungen an den geschiedenen

oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten entweder als Sonderausgaben oder als außergewöhnliche Belastungen abgezogen werden, wobei der Sonderausgabenabzug (höchstens 9 000 DM) beim Empfänger zur Steuerpflicht führt. Außerdem wurde bei den Vorsorgeaufwendungen der Vorwegabzug um 1 000 DM (für Alleinstehende) bzw. 2 000 DM (für Ehegatten) auf 2 500 bzw. 5 000 DM erhöht.

Naturgemäß konzentrieren sich die Steuerbefreiten auf die unteren Bruttolohngruppen. Bei ihnen handelt es sich in der Hauptsache um nicht ganzjährig oder Teilzeitbeschäftigte und um Auszubildende, die nur relativ niedrige Lohneinkünfte im Kalenderjahr bezogen. Mehr als 90% der Nichtsteuerbelasteten verdienten im Jahre 1980 weniger als 12 000 DM. Ihr durchschnittlicher Jahresbruttolohn betrug 3 836 DM, während derjenige in der korrespondierenden Gruppe der Steuerbelasteten immerhin 8 353 DM erreichte.

Die Mehrheit der Steuerbelasteten fällt in die mittleren Lohngruppen zwischen 25 000 und 50 000 DM. In diesen Bereichen liegt die steuerliche Belastung noch unter dem Durchschnitt von 14,4%. Der Durchschnittssteuersatz, der ein aussagekräftiger Indikator der Steuerlastverteilung ist, steigt kontinuierlich ab einem Jahreslohn von 4 800 DM von 3,5% auf 38% bei einem Bruttogehalt von 150 000 DM und mehr.

Die Arbeitnehmer, deren Jahresverdienst unter 4800 DM blieb und deshalb im allgemeinen die einbehaltene Lohnsteuer im Lohnsteuer-Jahresausgleich hätten erstattet bekommen, mußten dennoch 8% ihres Bruttolohns als Lohnsteuer zahlen. Wahrscheinlich hat ein Großteil dieses Personenkreises entwe-

(Ehegatten, die beide lohnsteuerpflichtiges Einkommen bezogen haben, werden einzeln nachgewiesen; die Zuordnung nach den Bruttolohngruppen erfolgt jedoch auf Grund des zusammengefaßten Bruttolohns beider Ehegatten)

	Lohnsteuerp	flichtige mit	Vermögens-		Arbeitnehm	ersparzulage		
Bruttolohngruppe	vermögens- wirksamen Leistungen	Arbeit- nehmer- sparzulage	wirksame Leistungen	insgesamt	esamt Steuerbelastete			
	Anz	ahl		1 000 DM		% der Jahres- 1) Lohnsteuer	1 000 DM	
1 - 4 800 DM	34 509	33 335	12 732	3 659	193	11,2	3 467	
4 800 - 9 600 "	51 055	49 930	25 301	7 4 1 8	2 689	35,5	4 729	
9 600 - 16 000 "	59 823	58 274	30 313	8 878	7 872	13,4	1 006	
16 000 - 20 000 "	44 736	43 885	24 312	7 200	7 032	8,0	167	
20 000 - 25 000 "	83 034	81 925	47 910	14 366	14 267	6,2	99	
25 000 - 30 000 "	121 334	119 250	72 113	21 768	21 726	5,3	42	
30 000 - 36 000 "	158 440	131 193	94 575	24 396	24 378	3,9	19	
36 000 - 40 000 "	89 038	75 708	52 963	14 047	14 044	3,4	3	
40 000 - 45 000 "	97 226	86 849	57 786	15 993	15 989	3,4	4	
45 000 - 50 000 "	88 285	82 022	52 794	15 142	15 140	3,4	2 3	
50 000 - 60 000 ''	143 744	136 144	86 901	25 324	25 321	3,0	3	
60 000 - 75 000 "	100 900	54 113	61 378	10 242	10 241	1,3	1	
75 000 - 100 000 "	42 621	4 607	25 466	879	879	0,2	0	
100 000 - 150 000 "	9 965	332	5 787	61	61	0,0	-	
150 000 und mehr "	1 089	33	618	7	7	0,0		
Insgesamt	1 125 799	957 600	650 947	169 381	159 840	2,9	9 541	

1) Für die Lohnsteuerpflichtigen mit maschinell durchgeführtem Lohnsteuer-Jahresausgleich und die zur Einkommensteuer veranlagten Lohnsteuerpflichtigen, die ausschließlich Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen haben, wird hier die festgesetzte Einkommensteuer nachgewiesen, für alle übrigen Lohnsteuerpflichtigen dagegen die einbehaltene Lohnsteuer (abzüglich der vom Finanzamt im manuellen Verfahren erstatteten Lohnsteuer).

der aus Unkenntnis, Bequemlichkeit oder wegen des geringen Erstattungsbetrages keinen Antrag auf Lohnsteuer-Jahresausgleich gestellt.

Die Höhe der Johnsteuerpflichtigen Belastung ist in erheblichem Maße davon abhängig, ob neben den bereits in die Lohnsteuertabelle eingearbeiteten Freibeträgen weitere steuerfreie Abzugsbeträge geltend gemacht werden können. Hierüber liegen exakte Angaben nur für den Kreis von Lohnsteuerpflichtigen vor, deren Anträge auf Lohnsteuer-Jahresausgleich von den Finanzämtern im maschinellen Verfahren bearbeitet worden sind. Es handelt sich hierbei um 560 878 Lohnsteuerpflichtige mit 14,8 Mrd. DM Bruttolohn. Sie machten mehr als 5 Mrd. DM steuerfreie Abzugsbeträge geltend, wobei die Sonderausgaben mit 2,7 Mrd. DM den größten Anteil stellten. Im Schnitt wurde deshalb 663 DM zuviel einbehaltene Lohnsteuer vom Finanzamt an den Antragsteller zurückerstattet.

### 1 125 799 Arbeitnehmer erhielten vermögenswirksame Leistungen

Im Jahre 1980 erhielten 1 125 799 Arbeitnehmer vermögenswirksame Leistungen nach dem Dritten Vermögensbildungsgesetz. Nahezu drei Viertel aller Lohn- und Gehaltsempfänger legten also Teile ihres Arbeitslohns vermögenswirksam an. Die staatlich geförderte Vermögensbildung hat in den letzten Jahren stark an Attraktivität gewonnen, denn der Anteil der Arbeitnehmer, die diese Form der Vermögensbildung nutzten, nahm stetig zu. Im Jahre 1968 legten nur 14,3% der Arbeitnehmer Beträge vermögenswirksam an. Nach der Reform des Vermögensbildungsgesetzes im Jahre 1970 hat sich der Anteil 1971 sprunghaft auf 58% erhöht. Seither können bis zu ei-

nem zu versteuernden Jahreseinkommen von 24 000 DM bei Ledigen bzw. 48 000 DM bei zusammenveranlagten Ehegatten maximal 624 DM im Jahr vermögenswirksam gespart werden. Dieser Höchstbetrag wurde jedoch 1980 ebenso wie in den vorhergehenden Jahren nicht von allen Arbeitnehmern voll ausgeschöpft, denn im Schnitt wurden nur 578 DM angelegt. Es gibt aber auch Fälle, in denen mehr als 624 DM gespart wurde. Die die Höchstgrenze überschreitenden Beträge werden statistisch jedoch nicht nachgewiesen.

Bemerkenswert ist, daß der durchschnittliche Betrag an vermögenswirksamen Leistungen in den unteren Bruttolohngruppen am geringsten ist und mit steigendem Lohn und Gehalt zunimmt. Bei einem Bruttolohn von unter 20 000 DM im Jahr nutzten die Arbeitnehmer den Höchstbetrag nur zu 78% aus, denn sie legten im Schnitt lediglich 487 DM vermögenswirksam an. Überdurchschnittlich viel sparten die Arbeitnehmer mit Bruttolöhnen zwischen 20 000 und 40 000 DM (592 DM) sowie diejenigen zwischen 40 000 und 60 000 DM (600 DM). Mit 605 DM wurde der höchste Betrag von den Arbeitnehmern mit einem Bruttolohn zwischen 60 000 und 100 000 DM gespart. Bei einem Gehalt von 100 000 DM und mehr sinkt der Durchschnittsbetrag wieder auf 579 DM, da in der Regel dieser Personenkreis über bessere Möglichkeiten der Ersparnisbildung verfügt. Darüber hinaus kommen diese Arbeitnehmer nur in Ausnahmefällen in den Genuß der Arbeitnehmersparzulage, so daß andere Anlageformen häufig attraktiver sind.

Auf seine vermögenswirksam angelegten Beträge bis zu 624 DM erhielt der Arbeitnehmer eine Sparzulage von 30%. Sie erhöht sich auf 40%, wenn der Arbeitnehmer für drei oder mehr Kinder Kindergeld erhält. Bei Ausnutzung des sparzulagenberechtigten Höchstbetrages von 624 DM konnte der einzelne Beschäftigte maximal 187,20 DM bzw. 249,60 DM an Sparzulage erzielen. Die durchschnittliche Sparzulage je Fall belief sich auf 177 DM.

Von den vermögenswirksam Sparenden erhielten 957 600 (85%) die Arbeitnehmersparzulage. Da die

Höhe der Arbeitnehmersparzulage von der Höhe des vermögenswirksam angelegten Betrages abhängt, ergibt sich hinsichtlich der je Fall errechneten Sparzulage ein analoges Bild, das heißt, die Arbeitnehmer in den unteren Bruttolohngruppen erhielten eine unterdurchschnittlich hohe Sparzulage.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

# Güterumschlag der Binnenschiffahrt 1970 bis 1982

### Rückläufige Umschlagsmenge durch weniger Steine und Erden

Rund 11% der im Bundesgebiet mit Binnenschiffen umgeschlagenen Gütermenge entfallen auf rheinland-pfälzische Häfen. Schon seit längerer Zeit ist die Nachfrage nach diesen Leistungen rückläufig. In Rheinland-Pfalz nahm sie im Jahre 1982 um 4,4% erneut ab.

Auch die Menge der auf Eisenbahnen ver- und entladenen Güter ist stark zurückgegangen (- 7,6%). Die Umschlagsleistung der Lastkraftwagen hat hingegen wiederum zugenommen (+ 0,6%). Im Jahre 1981 hatten erstmals die Gütertransporte mit Lastkraftwagen die bis 1980 führende Binnenschiffahrt übertroffen.

Die im Jahre 1982 in den rheinland-pfälzischen Binnenhäfen umgeschlagene Gütermenge von rund 33 Mill. t war die zweitniedrigste seit 18 Jahren. Lediglich das Ergebnis von 1975 war noch ungünstiger. Gegenüber dem Jahre 1970 - damals war die bisher höchste Umschlagsleistung von 39,7 Mill. t erzielt worden - ergab sich ein Rückgang um 17%.

Zwischen 1970 und 1982 sank der Anteil der Steine und Erden an der gesamten Umschlagsmenge um fast 10 Prozentpunkte auf 51%. Fast alle übrigen Produkte verzeichnen wachsende Quoten.

Der in den letzten Jahren vergleichsweise starke Rückgang an Steinen und Erden ist maßgeblich auf die ungünstige Auftragslage der Bauwirtschaft zurückzuführen. Im Jahre 1982 wurde eine Abnahme um 8,5% auf 16,8 Mill. t ermittelt. Dabei ergaben sich vor allem für Kalksteine (– 11%), Sand und Kies (– 6,5%) sowie für Schotter (– 3,5%), die zusammen rund zwei Drittel des Steine- und Erdenumschlags ausmachen, beträchtliche Einbußen. Ferner wurden 16% weniger Naturwerksteine verschifft.

### Expansiver Umschlag von Kohle und Briketts

Unter den im Jahre 1982 in der Binnenschiffahrt umgeschlagenen Gütern überwogen Steine und Erden mit 17 Mill. t. Es folgen Mineralölerzeugnisse (7,3 Mill. t), chemische Produkte (2,3 Mill. t) und feste mineralische Brennstoffe (2 Mill. t). Der Umschlag an Kohle und Briketts hatte seit mehr als zehn Jahren nicht mehr höher gelegen. Im Vergleich zu 1981 wurden für feste mineralische Brennstoffe (+ 15%), sowie Erze und Metallabfälle (+ 12%) sehr starke Steigerungen erzielt. Dagegen ergab sich für Eisen, Stahl und NE-Metallen eine Einbuße von 15%. Der Kohleumschlag erreichte nahezu wieder das Niveau von 1970.

### Ludwigshafen mit Abstand an der Spitze

Im Jahre 1982 wurde etwa ein Viertel aller in Rheinland-Pfalz in der Binnenschiffahrt umgeschlagenen

Güterumschlag der Binnenschiffahrt in Rheinland-Pfalz nach Güterabteilungen 1970 - 1982

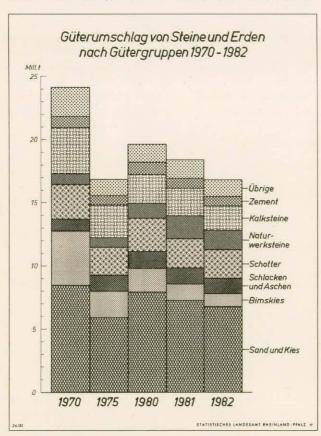
Güterabteilung	1970	1975	1980	1981	1982	1970	1980	1982		
	1 000 t						. %			
Landwirtschaftliche Erzeugnisse, andere										
Nahrungs- und Futtermittel	1 100	1 583	1 810	1 734	1 739	2,8	4,8	5,3		
Feste mineralische Brennstoffe	2 094	1 750	1 683	1 766	2 026	5,3	4.5	6,1		
Mineralölerzeugnisse	7 250	7 009	8 300	7 441	7 276	18,3	22,2	22.0		
Erze und Metallabfälle	767	476	546	455	510	1.9	1.5	1,5		
Eisen, Stahl und NE-Metalle	804	1 087	1 160	1 003	851	2,0	3,1	2,6		
Steine und Erden	24 166	16 883	19 652	18 416	16 846	60,8	52,6	51.0		
Düngemittel	1 170	963	1 186	1 046	1 111	2,9	3,2	3,4		
Chemische Erzeugnisse	2 244	2 345	2 759	2 4 1 8	2 342	5,7	7.4	7,1		
Fahrzeuge, Maschinen, sonstige Halb-								120		
und Fertigwaren	131	148	284	292	348	0,3	0,7	1,0		
Insgesamt	39 726	32 243	37 379	34 571	33 050	100,0	100,0	100,0		
Nördlicher Landesteil 1)	15 448	12 118	13 029	12 314	11 005	38.9	34,9	33,3		
Südlicher Landesteil	24 278	20 125	24 350	22 257	22 045	61,1	65,1	66,7		

<sup>1)</sup> Einschl. Mosel.

Güterumschlag der Binnenschiffahrt nach ausgewählten rheinland-pfälzischen Häfen 1970 - 1982

Hafen	1970	1975	1980	1981	1982	1970	1980	1982
			1 000 t				%	
Brohl	1 3 1 5	838	757	728	581	3,3	2,0	1,8
Andernach	3 468	2 901	3 710	3 4 1 9	3 104	8,7	9,9	9,4
Neuwied	3 249	1 992	2 078	1 650	1 291	8,2	5,6	3,9
Weißenthurm	1 016	667	593	346	330	2,6	1,6	1,0
Bendorf	504	907	1 069	1 171	1 351	1,3	2,9	4,1
Koblenz	1 860	1 846	1 729	1 764	1 563	4,7	4,6	4,7
Lahnstein	1 098	552	534	596	572	2,8	1,4	1,7
Trier	306	569	709	698	721	0,8	1,9	2,2
Bingen	1 057	770	738	551	516	2,7	2,0	1,6
Mainz	3 081	3 346	3 759	3 564	3 438	7,7	10,1	10,4
Oppenheim	1 121	877	619	602	541	2,8	1,7	1,6
Worms	1 525	1 273	1 378	1 164	1 123	3,8	3,7	3,4
Ludwigshafen	9 303	7 149	7 860	7 823	7 780	23,4	21,0	23,5
Otterstadt	1 016	1 183	1 995	2 266	1 993	2,6	5,3	6,0
Speyer	1 324	1 689	3 484	1 780	1 647	3,3	9,3	5,0
Wörth	1 396	1 028	1 025	1 172	1 392	3,5	2,7	4,2
Übrige	7 087	4 656	5 342	5 277	5 107	17,8	14,3	15,5
Insgesamt	39 726	32 243	37 379	34 571	33 050	100,0	100,0	100,0

Güter im Hafen Ludwigshafen be- oder entladen (7,8 Mill. t). Es führten an diesem bedeutendsten Chemiestandort der Bundesrepublik chemische Erzeugnisse (25%), gefolgt von Steinen und Erden (22%) sowie Mineralölerzeugnissen (20%). Weitere wichtige Häfen des Landes sind Mainz (3,4 Mill. t), Andernach (3,1 Mill. t) und Koblenz (1,6 Mill. t). Im Vergleich zu 1981 entwickelte sich der Güterumschlag in den rheinland-pfälzischen Häfen sehr unterschied-



lich. Beträchtliche Steigerungen erzielten Bendorf, Wörth und Germersheim. Starke Rückgänge verzeichneten Neuwied, Andernach und Koblenz.

In den Rhein- und Moselhäfen des nördlichen Landesteils - nördliche Landesgrenze bis unterhalb Bingen - wurden im Jahre 1982 insgesamt 11 Mill. t Güter umgeschlagen. Davon waren 65% Steine und Erden und 20% Mineralölerzeugnisse. Die Häfen des südlichen Landesteils - Bingen bis südliche Landesgrenze - schlugen zusammen 22 Mill. t Güter um. Dort überwogen Steine und Erden, Mineralölerzeugnisse, Kohle und Briketts sowie chemische Produkte.

### Lieferungen aus dem Ausland gestiegen

Im Jahre 1982 wurden in den rheinland-pfälzischen Häfen 17,6 Mill. t Güter gelöscht (— 2,5%) und 15,4 Mill. t verladen (— 6,5%). Von den entladenen Waren kam annähernd die Hälfte aus dem Ausland. Im Vergleich zu 1981 wurden 5% mehr ausländische Güter gelöscht. Dagegen gingen die Verladungen nach dem Ausland, welche 38% des Versands ausmachten, um 5,3% zurück. Beim Warenverkehr mit den anderen Bundesländern ergab sich ein Rückgang von 9% bei den Löschungen (6,3 Mill. t) und von 7,5% beim Versand (6,5 Mill. t). Knapp ein Fünftel der in der Binnenschiffahrt umgeschlagenen Güter blieb im Lande (— 6,8%).

### Größere Güterschiffe im Einsatz

Am 1. Januar 1982 verfügten die rheinland-pfälzischen Binnenschiffahrtsunternehmen über 197 Güterschiffe mit einer Tragfähigkeit von insgesamt 209 000 t. Im Vergleich zu 1970 ist die Zahl der Schiffe um 45%, deren Tragfähigkeit um 23% zurückgegangen. Damit erhöhte sich die Ladekapazität pro Schiff von 762 auf 1 062 t. Die Güterbeförderung mit Schleppkähnen hat stark an Bedeutung verloren, die Schubschiffahrt beträchtlich zugenommen.

K. Gallitz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

		1980	19	81		19	82		198	13
Berichtsmerkmal	Einheit	Monatsdu	rchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit * Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 639	3 642	3 641	3 641	3 640	3 637	3 637		
Natürliche Bevölkerungsbewegung  Eheschließungen 1)  je 1 000 Einwohner und 1 Jahr  Lebendgeborene 2)  je 1 000 Einwohner und 1 Jahr  Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)  je 1 000 Einwohner und 1 Jahr  Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)  je 1 000 Lebendgeborene 4)  Überschuß der Geborenen bzw.	Anzahi Anzahi Anzahi Anzahi Anzahi Anzahi Anzahi Anzahi	1 939 6,4 3 104 10,2 3 631 12,0 40 12,9	1 893 6,2 3 117 10,3 3 689 12,2 35 11,3	1 748 5,7 2 950 9,5 4 000 12,9 40 13,1	925 <sup>P</sup> 3,0 <sup>P</sup> 2 756 <sup>P</sup> 8,9 <sup>P</sup> 3 586 <sup>P</sup> 11,6 <sup>P</sup> 31 <sup>P</sup> 10,4 <sup>P</sup>	1 182 <sup>p</sup> 4,2 <sup>p</sup> 2 837 <sup>p</sup> 10,2 <sup>p</sup> 3 464 <sup>p</sup> 12,4 <sup>p</sup> 41 <sup>p</sup> 15,4 <sup>p</sup>	3 073° 10,3° 3 661° 3 661°	1 808 <sup>P</sup> 5,9 <sup>P</sup> 3 290 <sup>P</sup> 10,7 <sup>P</sup> 3 988 <sup>P</sup> 12,9 <sup>P</sup> 35 <sup>P</sup> 10,7 <sup>P</sup>	925 <sup>P</sup> 3,0 <sup>P</sup> 2 920 <sup>P</sup> 9,4 <sup>P</sup> 3 831 <sup>P</sup> 12,4 <sup>P</sup>	1 123 <sup>P</sup> 4,0 <sup>P</sup> 2 703 <sup>P</sup> 9,7 <sup>P</sup> 4 146 <sup>P</sup> 14,9 <sup>P</sup>
Gestorbenen (-)  • je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl Anzahl	- 527 - 1,7	- 572 - 1,9	- 1 050 - 3,4	- 830 <sup>p</sup> - 2,7 <sup>p</sup>	- 627 <sup>p</sup> - 2,2 <sup>p</sup>	- 588 <sup>P</sup> - 2,0 <sup>P</sup>	- 698 <sup>p</sup> - 2,3 <sup>p</sup>	- 911 <sup>P</sup> - 2,9 <sup>P</sup>	- 1 443 <sup>p</sup> - 5,2 <sup>p</sup>
Wanderungen über die Landesgrenze  Zugezogene Ausländer Erwerbspersonen  Fortgezogene Ausländer Erwerbspersonen  Wanderungssaldo Ausländer Erwerbspersonen  innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahi Anzahi Anzahi Anzahi Anzahi Anzahi Anzahi Anzahi Anzahi	8 551 2 603 4 621 7 250 1 586 4 208 1 301 1 017 414 11 176	7 857 1 935 4 257 7 390 1 650 4 294 467 285 -37 11 190	6 873 1 502 3 827 6 601 1 585 3 846 272 83 - 19 10 055	6 732 F 1 784 F 3 875 F 6 409 F 1 354 F 3 817 F 3 23 F 430 F 58 F 10 195 F	6 125 1 563 3 437 6 102 1 467 3 547 23 96 - 110 9 151	7 297 1 278 3 822 8 179 1 862 4 290 - 882 - 584 - 468 12 022	6 828 1 277 3 667 6 994 1 793 3 762 - 166 - 516 - 95 11 519	**** **** **** **** **** ****	**** **** **** **** **** **** ****
Arbeitsmarkt * Arbeitslose * Männer	Anzahl Anzahl	50 144 24 008	72 334 37 118	97 650 55 125	114 113 69 293	110 484 66 073	110 751 61 985	123 930 72 898	140 773 87 157	145 257 91 243
Ausgewählte Berufsgruppen Land- u.forstwirtschaftl. Berufe Bauberufe Industrielle u.handwerkl. Berufe Arbeitslosenquote Offene Stellen Männer	Anzahi Anzahi Anzahi % Anzahi Anzahi	1 236 2 421 17 979 3,8 15 683 10 047	1 886 4 550 27 184 5,4 10 740 6 714	4 813 7 751 36 952 7,3 6 666 4 062	8,4 6 820 4 244	8,1 7 254 4 447	7,9 3 564 2 019	3 625 10 441 48 641 8,8 3 138 1 796	10,0 3 452 1 947	10,3 3 786 2 202
Ausgewählte Berufsgruppen Land- u.forstwirtschaftl.Berufe Bauberufe Industrielle u.handwerkl.Berufe Kurzarbeiter Männer	Anzahl Anzahl Anzahl Anzahl Anzahl	485 1 029 6 281 8 558 6 245	455 613 3 713 18 520 13 176	349 233 2 031 26 306 19 913	31 047 24 509	32 773 26 450	36 786 27 774	139 79 832 40 117 30 187	45 736 35 469	52 619 41 869
Landwirtschaft						1				
Viehbestand  * Rindvieh (einschl. Kälber)  * Milchkühe  * Schweine  Mastschweine  * Zuchtsauen  * Trächtige Zuchtsauen	1 000 1 000 1 000 1 000 1 000 1 000	673 235 695 243 78 49	655 228 646 223 75 48	655 228 646 223 75 48	*		* * *	638 228 658 228 75 48	* * * * *	•
Schlachtungen von Inlandtieren  * Rinder  * Kälber  * Schweine  * Hausschlachtungen	Anzahl Anzahl Anzahl Anzahl	16 413 369 113 707 12 411	16 784 327 112 070 11 622	18 098 427 112 678 18 500	16 132 238 108 261 15 628	14 145 250 99 460 12 780	18 358 278 121 747 18 920	17 524 409 118 898 19 541	15 882 258 115 442 17 148	13 931 254 100 437 12 502
Schlachtmengen 6)  * Rinder  * Kälber  * Schweine	t t t	14 061 4 806 36 9 134	13 893 4 815 31 8 954	14 174 5 158 39 8 868	13 536 4 670 24 8 758	12 202 4 115 24 7 987	15 215 5 200 29 9 874	14 805 5 047 38 9 583	14 092 <sup>r</sup> 4 601 22 9 374 <sup>r</sup>	12 322 4 070 23 8 145
Geflügel * Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	59	37	46	38	61	37	61		33
Milch  * Milcherzeugung  * an Molkereien und Händler	1 000 t	80	78	69	71	68	70	73	76	72
geliefert  * Milchleistung je Kuh und Tag	% kg	95,0 11,1	94,8 11,0	94,5 9,5	94,9 10,0	94,3 10,6	94,4 10,2	95,2 10,3	95,4 <sup>r</sup> 10,8	94,6 11,3

<sup>1)</sup> Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		81		19	82		19	83
DOT TOTTO HOLD RING!	Limet	Monatsdu	rchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Produzierendes Gewerbe  Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe  Beschäftigte Arbeiter 2) Geleistete Arbeiterstunden Löhne und Gehälter Löhne Gehälter Kohleverbrauch Gasverbrauch Heizölverbrauch Jeichtes Heizöl schweres Heizöl Stromverbrauch Stromerzeugung Umsatz (ohne Umsatzsteuer) Auslandsumsatz	Anzahl 1 000 1 000 1 000 Mill. DM Mill. DM 1 000 t KE 3 Mill.cbm 1 000 t 1 000 t Mill.kWh Mill.kWh Mill.DM	2 899 397 282 40 135 1 082 664 418 82 148 173 23 150 992 258 5 996 1 817	2 898 391 276 38 809 1 125 682 443 88 175 138 20 118 987 218 6 155 2 179	2 890 388 272 36 289 1 436 830 607 101 185 157 26 131 947 249 6 708 2 682	2 876 384 269 36 980 1 038 613 425 97 169 171 28 143 970 261 5 518	2 858 381 267 36 330 1 001 590 411 85 172 145 27 118 911 222 6 259 2 467	2 823 373 260 37 795 1 351 791 560 82 189 116 19 97 903 182 6 264 2 112	2 823 370 257 35 388 1 383 793 590 92 202 114 20 94 927 194 6 449 2 469	2 765 365 253 35 931 1 050 611 439 94 200 109 21 88 918 202 5 899 2 193	2 743 363 252 34 532 1 011 581 430 95 201 114 23 91 887 207 5 799 2 127
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1070 100	121	125	107		100	120	, D		
Produzierendes Gewerbe insgesamt ohne Bauhauptgewerbe Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100 1970 = 100 1970 = 100	134 138 135	135 139 136	127 136 131	118 129 124	128 138 135	139 141 138	124 <sup>p</sup> 130 <sup>p</sup> 125	***	•••
Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1970 = 100	129	131	113	110	126	131	118		* * *
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden Chemische Industrie	1970 = 100 1970 = 100	105 123	99 126	60 109	31 113	50 130	99 123	66 118	***	***
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	145	149	173	139	149	148	142		
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 <sub>=</sub> 100	144	154	230	131	151	151	174		
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 _ 100	126	122	107	121	121	121	100		
Herstellung von Schuhen  Nahrungs- und Genußmittelgewerbe Bauhauptgewerbe	1970 = 100 1970 = 100 1970 = 100	61 155 115	60 155 111	47 165 76	67 156 53	70 157 71	57 178 124	169 90	***	***
Handwerk 4) Beschäftigte (Ende des Vj.) Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1976 = 100 V <sub>I</sub> D 1976=100	104 133	103 132	102 152		6	*	99 149	*	
Öffentliche Energieversorgung Stromerzeugung (brutto) Strombezug 5) Stromlieferungen 5) Stromverbrauch Gaserzeugung Gasbezug Gasverbrauch	Mill. kWh Mill. kWh Mill. kWh Mill. kWh Mill. cbm Mill. cbm	310 2 123 870 1 545 0,1 310 283	309 2 212 900 1 603 0,1 314 295	319 2 507 953 1 851 0,2 433 399	270 2 648 1 005 1 894 0,4 429 392	258 2 220 808 1 671 0,2 381 351	273 2 349 948 1 674 0,1 343 319	254 2 436 867 1 823 0,2 401 370	0,2 407 376	***
Bauwirtschaft und Wohnungswesen Bauhauptgewerbe Beschäftigte	Anzahl	75 413	74 226	72 742	69 681	67 735	69 359	68 084	64 639	62 952
Facharbeiter Fachwerker und Werker	Anzahi Anzahi	40 026 17 596	39 272 17 093	38 104 16 767	36 096 15 897	35 738 14 352	36 350 15 448	35 333 15 130	33 520 13 823	32 544 13 242
Geleistete Arbeitsstunden Privater Bau	1 000 1 000	9 412 5 969	8 749 5 603	6 093 4 139	4 052 3 047	5 380 3 492	9 181 5 748	7 317 4 754	6 015 4 045	4 811 3 389
Wohnungsbau Landwirtschaftlicher Bau Gewerblicher und industrieller	1 000 1 000	3 932 71	3 587 70	2 644 36	1 897 20	2 102 39	3 731	3 038 58	2 492	2 000
Bau Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000 1 000	1 966 3 443	1 946 3 146	1 459 1 954	1 130 1 005	1 351 1 888	1 969 3 433	1 658 2 563	1 507 1 970	1 364 1 422
Hochbau Tiefbau	1 000 1 000	707 2 736	679 2 467	496 1 458	323 682	545 1 343	792 2 641	623 1 940	536 1 434	378 1 044
Straßenbau	1 000	1 486 178	1 347 178	812	366 93	674	1 427	1 033	739	568
Löhne und Gehälter Löhne	Mill. DM Mill. DM	154	152	162 133	67	118 94	237 202	181 150	145 119	116 91
Gehälter	Mill. DM Mill. DM	24 552	26 519	29 632	26 290	24	35	31	26 376	25

<sup>1)</sup> Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	19	51		19	82		19	83
DOTOTIONIO KING	Limer	Monatsdu	rchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februa
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer										
Gebäude)	Anzahl	1 304	1 044	566	606	763	635	613	629	71
mit 1 Wohnung	Anzahl	945	686	366	374	514	382	350	363	45
mit 2 Wohnungen mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl Anzahl	297	292 66	143 57	171 61	186	183 70	186 77	185	19
Umbauter Raum	1 000 cbm	1 311	1 103	640	689	63 805	833	709	81 744	79
Wohnfläche	1 000 qm	210	180	103	117	132	141	118	125	13
Wohnräume	Anzahl	9 857	8 431	4 886	5 635	6 202	6 595	5 667	5 850	6 11
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	340	313	187	198	236	258	221	234	24
Bauherren	WIIII DM	540	313	107	130	250	230	261	234	24
Öffentliche Bauherren	Anzahl	5	4	7	2	9	-	1	7	
Unternehmen	Anzahl	200	148	100	111	76	120	129	78	8
Private Haushalte Nichtwohngebäude (Errichtung neuer	Anzahl	1 100	892	459	493	678	515	483	544	63
Gebäude)	Anzahl	226	176	141	119	136	165	161	147	16
Umbauter Raum	1 000 cbm	879	764	725	411	721	659	576	439	55
Nutzfläche	1 000 qm	157	129	143	68	132	111	106	78	9
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill, DM	166	143	160	80	254	125	171	87	8
Bauherren	mine Din	100	139	100		201	120		0,	
Öffentliche Bauherren	Anzahl	39	29	19	24	14	31	36	18	2
Unternehmen	Anzahl	157	143	119	95	121	131	122	126	14
Private Haushalte Wohnungen insgesamt	Anzahl	31	4	3	-	1	3	3	3	
(alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 224	1 968	1 176	1 836	1 540	1 700	1 555	1 607	1 54
N-41 - 4 C-4-										
Handel und Gastgewerbe										- 1
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill, DM	1 807	2 177	2 331	2 028	2 299	2 123	2 186	1 938	1974
Nach Warengruppen										
Emährungswirtschaft	Mill, DM	104	120	123	113	111	137	134	118	
Gewerbliche Wirtschaft Rohstoffe	Mill, DM Mill, DM	1 703	2 056 20	2 208	1 915 14	2 188	1 986 23	2 053	1 820 16	
Halbwaren	Mill, DM	98	134	123	122	127	148	137	129	
Fertigwaren	Mill. DM	1 588	1 902	2 067	1 779	2 044	1 816	1 899	1 676	
Vorerzeugnisse	Mill, DM	536	596	571	548	590	624	598	563	
Enderzeugnisse Nach ausgewählten Verbrauchsländern	Mill. DM	1 052	1 306	1 497	1 231	1 454	1 192	1 301	1 113	
EG-Länder	Mill, DM	837	904	894	842	968	965	873	853	
Belgien / Luxemburg	Mill, DM	136	153	146	141	162	139	121	130	
Dänemark	Mill. DM	30	32	26	27	31	37	31	29	
Frankreich Griechenland	Mill, DM Mill, DM	250 19	264 23	264 26	273 13	305 20	289 20	284 17	256 16	***
Großbritannien	Mill. DM	115	131	145	113	147	156	148	134	
Irland	Mill. DM	7	7	8	7	7	8	6	4	4.9
Italien	Mill. DM	154	157	144	154	162	168	131	147	
Niederlande Österreich	Mill. DM Mill. DM	126 86	137 90	136 81	113 78	133	148 91	135 96	137 97	2.7
Schweiz	Mill. DM	85	91	78	86	91	94	96	109	
USA und Kanada	Mill, DM	80	103	122	88	96	100	95	95	
Entwicklungsländer	Mill. DM	395	630	736 91	597 79	701	541 82	585 131	504	30.0
Staatshandel sländer	Mill, DM	101	91	91	79	67	62	131	61	
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt Nach Warengruppen	Mill, DM	1 412	1 510	1 443	1 395	1 414	1 459	1 507	1 432	
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	168	188	207	187	198	195	195	208	
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 244	1 322	1 236	1 208	1 216	1 264	1 313	1 225	
Aus ausgewählten Ländern	Mill Die	210	757	710	677	777	600	700	678	
EG-Länder Belgien / Luxemburg	Mill, DM Mill, DM	712 179	757 181	715 171	677 162	176	692 188	709 178	170	
Dänemark	Mill. DM	12	12	11	10	16	19	18	14	
Frankreich	Mill, DM	199	198	203	190	208	175	196	157	* *
Griechenland	Mill, DM	7	7	6	3	6	5	7	3	
Großbritannien Irland	Mill. DM Mill. DM	54	43	42	36	43	40	33	38	
Italien	Mill. DM	108	131	126	112	139	124	110	137	9.0
Ni ederl ande	Mill, DM	147	181	153	160	186	139	166	156	
Österreich	Mill, DM	48	45	37	32	46	40	38	37	**
Schweiz USA und Kanada	Mill, DM Mill, DM	100	26 111	25 116	21 102	28 98	32 129	30 127	35 140	36/4
Entwicklungsländer	Mill. DM	393	368	311	336	244	372	342	371	1.

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		81		19	82		19	83
		Monatsdu	rchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Einzelhandet										
B 1 256					r					
Beschäftigte  * Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100 1980 = 100	100	99 110	100 136	95 <sup>r</sup> 88	95 82	95 111	95	94	
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	100	116	123	91	87	105	136 121	91 94	***
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 - 100	100	94	148	90	68	123	155	89	
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	100	103	139	71	83	123	143	78	
Elektrotechnische Erzeugnisse Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100 1980 = 100	100	98 108	200 153	89 77	85 77	128	204 160	100	***
Pharmazeutische und kosmetische	1300 € 100	100	100	133		6.6	101	100	03	***
Erzeugnisse	1980 _ 100	100	106	122	102	98	108	124	108	
Tankstellen (Abs.i.eig.Namen) Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100 1980 = 100	100	131 105	121	96	102 89	142 98	121 98	127 80	***
Sonstige Waren	1980 = 100	100	103	145	87	79	110	143	89	
Umsatz zu Preisen von 1980	1980 = 100	100	104	127	81	75	99	121	81	***
Nahrungs- und Genußmittel	1980 - 100	100	111	116	85	80	94	107	83	
Textilien, Bekleidung, Schuhe Einrichtungsgegenstände	1980 = 100 1980 = 100	100	89 96	138 127	84 65	62 75	111	139 127	80 69	***
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	100	96	192	85	81	121	193	95	
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 _ 100	100	103	142	71	71	89	141	73	
Pharmazeutische und kosmetische										1000
Erzeugnisse	1980 = 100	100	101	115	96	92	98	112	97	
Tankstellen (Abs.i.eig,Namen) Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100 1980 = 100	100	113	103 108	83 72	90 83	116 88	100	107 72	
Sonstige Waren	1980 - 100	100	109	133	78	72	97	127	79	***
Gastgewerbe	1000 175	***	2000	86 <sup>r</sup>	· ·		SOV.		440	
Beschäftigte Teilbeschäftigte	1980 = 100 1980 = 100	100	92 89	86	83 81	84 81	89 85	88 87	83 79	
Umsatz	1980 = 100	100	99	89	79	82	95	91	81	
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	100	102	82	70	74	99	91	74	4.4.4
Gaststättengewerbe	1980 = 100	100	97	93	85	86	91	90	85	040404
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
Fremdenmeldungen	1 000	420	417	199	176	190	242	195	53.8	10.00
Ausländer Fremdenübernachtungen	1 000	76 1 566	73 1 548	24 744	22 669	25 676	27 754	25 669		***
Ausländer	1 000	242	222	74	55	68	66	83	***	
Verkehr										
Binnenschiffahrt										
Güterempfang	1 000 t	1 613	1 505	1 296	1 094	1 360	1 467	1 367	1 305	1 210
Güterversand	1 000 t	1 502	1.376	985	622	1 101	1 358	1 100	957	802
Straßenverkehr										-
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahr-										
zeuge	Anzahi	13 420	13 417	9 048	9 970	12 819	9 503	9 135	10 785	11 974
Krafträder Personen- und Kombinations-	Anzahl	740	1 342	409	426	1 309	538	470	592	830
kraftwagen	Anzahl	11 516	11 125	7 958	8 965	10 816	8 329	7 935	9 371	10 348
Lastkraftwagen	Anzahl	689	545	341	333	367	402	395	437	376
Zugmaschinen	Anzahl	367	307	266	173	257	196	245	302	363
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	9 237	9 259	11 469	10 457	7 424	9 258	10 233	8 313	7 849
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 931	1 819	1 383	1 112	1 307	1 689	1 765	1 437	1 225
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahi	7 306	7 440	10 086	9 345	6 117	7 569	8 468	6 876	6 624
Verunglückte Personen	Anzahl	2 676	2 478	1 910	1 558	1 770	2 265	2 384	1 952	1 669
Getötete Pkw. Jacobson	Anzahl	70 34	62 32	38 24	33 17	35 22	52 20	66 33	47 24	43 242
Pkw+Insassen motorisierte Zweiräder	Anzahl Anzahl	14	12	1	4	4	12	5	4	242
Fußgänger	Anzahl	15	11	9	10	9	13	23	15	14
* Verletzte	Anzahl	2 606	2 416	1 872	1 525	1 735	2 213	2 318	1 905	1 626
Pkw -Insassen	Anzahl	1 477	1 357	1 291	1 090	1 176	1 269	1 523	1 279	*/*:5*
motorisierte Zweiräder Fußgänger	Anzahi Anzahi	581 259	546 236	170 253	113	216 210	405 272	326 313	273 230	24.4
Schwerverletzte	Anzahi	835	761	524	431	510	689	727	629	512
Pkw-Insassen	Anzahi	417	385	309	283	327	357	439	379	
motorisierte Zweiräder Fußgänger	Anzahl	214	194	56	36	56	139	101	99	
	Anzahl	118	104	119	82	93	118	155	115	

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	19			198	100		19	83
The state of the s		Monatsdu	rchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken insgesamt darunter: Kredite an inländische	Mill. DM	58 422	63 997	63 997	64 105	64 180	67 447	68 814	68 513	68 57
Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen an öffentliche Haushalte Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr) an Unternehmen u. Privatpersonen an öffentliche Haushalte Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) an Unternehmen u. Privatpersonen an öffentliche Haushalte Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre) an Unternehmen u. Privatpersonen an öffentliche Haushalte	Mill. DM Mill. DM	57 122 46 964 10 157 12 527 12 163 364 6 955 5 918 1 037 37 640 28 883 8 756	62 594 51 189 11 405 14 184 13 334 850 8 123 6 481 1 642 40 286 31 374 8 912	62 594 51 189 11 405 14 184 13 334 850 8 123 6 481 1 642 40 286 31 374 8 912	62 645 51 013 11 632 14 135 13 255 880 8 127 6 380 1 747 40 383 31 378 9 006	62 727 51 199 11 529 14 193 13 358 834 8 097 6 386 1 712 40 438 31 455 8 983	65 851 53 839 12 012 14 719 13 674 1 045 9 016 7 207 1 809 42 116 32 958 9 158	67 259 54 993 12 266 15 238 14 155 1 083 9 143 7 261 1 882 42 878 33 577 9 301	66 960 54 537 12 424 14 812 13 658 1 154 9 022 7 186 1 836 43 127 33 693 9 434	67 02 54 54 12 48 14 72 13 58 1 13 9 08 7 18 1 90 43 22 33 77 9 44
Einlagen von Nichtbanken Sichteinlagen	Mill, DM Mill, DM	48 947 7 299	52 450 7 200	52 450 7 200	52 366 6 935	52 818 7 142	54 963 8 534	56 251 7 840	56 264 7 825	56 53 7 75
von Unternehmen u Privatpers von öffentlichen Haushalten Termingelder von Unternehmen u Privatpers von öffentlichen Haushalten Spareinlagen bei Sparkassen	Mill. DM Mill. DM Mill. DM Mill. DM Mill. DM Mill. DM Mill. DM	6 793 506 15 091 13 717 1 374 26 556 15 290	6 755 445 18 840 17 382 1 458 26 410 15 269	6 755 445 18 840 17 382 1 458 26 410 15 269	6 448 486 19 008 17 621 1 386 26 424 15 397	6 476 666 19 100 17 709 1 392 26 575 15 533	7 920 615 19 328 17 936 1 392 27 101 15 938	7 350 491 19 487 17 974 1 513 28 923 17 023	7 287 538 19 461 18 000 1 461 28 979 17 095	7 15 59 19 56 18 02 1 54 29 20 17 21
Gutschriften auf Sparkonten 2) Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM Mill. DM	1 286 1 266	1 450 1 476	3 097 1 452	2 069 2 060	1 448 1 296	1 493 1 271	3 415 1 593	2 429 2 373	1 51 1 28
Zahlungsschwierigkeiten	Assabl	3.2	F1	E A	E 77	50	0.5	22		
Konkurse 3) Angemeldete Forderungen	Anzahl 1 000 DM	13 883	25 505	20 933	26 123	49 829	50 480	48 687	19 301	66 54
Vergleichsverfahren Wechselproteste (ohne Post) Wechselsumme	Anzahl Anzahl 1 000 DM	919 6 823	1 043 8 170	1 013 6 481	964 6 082	869 5 527	1 216 8 665	1 202 7 578	1 038 6 893	1 01 6 95
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten Gemeinschaftssteuern Steuern vom Einkommen Lohnsteuer 4) Einnahmen aus der Lohnsteuer-	1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM	1 119 293 773 282 515 079	1 104 967 759 347 524 985	1 729 262 1 390 168 771 291	952 084 503 173 455 462	1 182 224 833 350 756 582	1 189 024 807 995 770 913	1 889 231 1 456 918 807 095	942 301 493 610 483 443	1318 06 917 07 783 62
zerlegung Veranlagte Einkommensteuer Nichtveranlagte Steuern v,Ertrag Körperschaftsteuer 4)	1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM	108 527 154 712 16 351 87 141	102 977 135 811 17 011 81 540	428 063 17 739 173 075	23 187 20 041 4 483	363 206 - 1 742 5 799 72 711	336 654 - 21 476 6 849 51 709	443 530 15 920 190 373	- 20 781 21 207 9 741	383 24 - 26 84 6 09 154 20
Einnahmen aus der Körperschaft- steuerzerlegung Steuern vom Umsatz Umsatzsteuer Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM	13 731 346 011 228 992 117 019	12 011 345 619 213 926 131 693	339 094 195 255 143 839	448 911 330 627 118 284	53 457 348 874 227 568 121 306	45 946 381 029 263 003 118 026	432 313 264 181 168 132	448 691 332 706 115 985	94 74 400 98 284 49 116 49
Bundessteuern Zölle Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM	154 241 9 232 133 812	161 613 10 338 149 008	294 458 11 157 281 004	73 755 9 662 62 363	195 770 9 236 182 415	137 254 10 120 124 243	339 210 10 950 325 793	44 581 9 384 32 212	195 43 9 27 183 48
	1 000 511	67 563	70 238	68 875	45 588	86 980	99 021	54 955		05.00
Landessteuern Vermögensteuer Kraftfahrzeugsteuer Biersteuer	1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM	14 826 34 028 6 387	16 540 33 972 6 537	10 810 31 836 6 151	1 463 29 317 6 912	45 162 24 903 1 951	48 134 31 033 5 553	4 114 25 618 5 906	53 460 2 831 33 740 6 405	95 22 45 23 29 55 4 44
Gemeindesteuern 5) Grundsteuer A Grundsteuer B Gewerbesteuer nach Ertrag	1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM	491 895 8 046 71 639	456 688 7 858 73 216	443 699 6 668 64 816				437 700 6 255 68 999	:	
und Kapital (brutto) Lohnsummensteuer 6) Grunderwerbsteuer	1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM	367 982 5 573 27 940	336 120 208 28 627	332 117 226 32 354	:			328 430 72 25 506		

<sup>1)</sup> Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. OM betrug, sowie die Postscheck- und Postspraksssenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Description of the city	Property.	1980	19	81		19	82		19	83
Berichtsmerkmal	Einheit	Monatsdur	chschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Steuerverteilung auf die Gebiets- körperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	728 650	737 589	1 207 524	505 357	811 818	730 658	1 531 473	529 117	863 678
Anteil an den Steuern v. Einkommen     Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM 1 000 DM	335 700 233 563	329 329 233 299	605 069 266 979	211 422 250 840	359 948 254 046	348 189 243 587	637 962 516 908	215 487 243 508	399 320 266 662
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 145	13 347	41 018	- 1 586	2 054	1 628	37 393	- 3 633	2 260
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	565 662	561 110	878 010	471 924	595 935	624 702	882 420	458 823	670 751
Anteil an den Steuern v.Einkommen     Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM 1 000 DM	334 313 149 640	327 808 149 716	604 158 163 959	211 422 208 628	357 917 148 984	345 752 178 301	633 495 156 577	214 103 202 765	400 262 173 008
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 145	13 347	41 018	- 1 586	2 054	1 628	37.393	- 3 633	2 260
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	705 455	674 522	719 192				706 600		
* Gewerbesteuer nach Ertrag	1 000 Disi	705 455	014 322	719 194		*	*	726 603		
und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	281 635	256 714	253 075	,			250 695		2
* Anteil an der Lohn- und veran- lagten Einkommensteuer	1 000 DM	299 907	297 241	354 533				366 639		
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller										
privaten Haushalte im Bundesgebiet  Nahrungs- und Genußmittel	1976 _ 100	117,0 112,7	123,9 118,2	126,8 120,3	127,9	128,2	132,3	132,6	132,9	133,0
* Preisindex für Wohngebäude im Bundes-	1976 = 100		1975		121,7	122,6	126,2	126,6	127,4	128,0
gebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1976 = 100	134,1	142,0	-*:	·	144,7	146,2	:*:	*	***
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	545	575		581				594	
Männliche Arbeiter	DM	582	611		619				636	
* Facharbeiter Angelernte Arbeiter	DM DM	617 555	648 579		656 584		-		678	
Hilfsarbeiter	DM	475	497		496				601 508	
* Weibliche Arbeiter	DM DM	388	412		421			J#3.	423	
* Hilfsarbeiter		373	397		403	*	*	*	406	
* Männliche Arbeiter	DM DM	13,08	13,86 14,59		14,26 15,05				14,74 15,61	
* Facharbeiter	DM	14,54	15,39		15,87				16,56	
Angelernte Arbeiter Hilfsarbeiter	DM DM	13,22	13,88		14,27				14,78 12,68	
* Weibliche Arbeiter	DM	9,84	10,46		10,77				10,96	
* Hilfsarbeiter	DM	9,50	10,06		10,32		*		10,54	*
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,7	41,3		40,7				40,3	
Männliche Arbeiter Weibliche Arbeiter	Std.	42,2 39,5	41,8 39,4	*	41,1 39,1				40,8 38,6	*
Angestellte		-7.6	C. 438-1			27			30,0	
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 819	2 983	*	3 059	¥	3.4		3 146	
Kaufmännische Angestellte männlich	DM DM	2 521 3 085	2 657 3 232		2 726 3 313				2 799 3 506	
weiblich	DM	1 987	2 112		2 172				2 181	
Technische Angestellte männlich	DM DM	3 515 3 598	3 709 3 795		3 791 3 879				3 911 3 990	
weiblich	DM	2 409	2 579	*	2 629	:			2 790	
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	3 268	3 454	+	3 524				3 631	
Kaufmännische Angestellte  männlich	DM DM	2 951 3 490	3 119 3 690	1	3 191 3 785	*	*	8	3 280 3 943	2
* weiblich	DM	2 313	2 438		2 485				2 514	
Technische Angestellte * männlich	DM DM	3 572 3 646	3 767 3 846		3 833 3 912				3 966 4 050	5
• weiblich	DM	2 510	2 670		2 729	*	184		2 807	
im Handel, bei Kreditinstituten	DM	0.004	0.202		2 430				n 4 mm	
und Versicherungen Kaufmännische Angestellte	DM DM	2 264 2 249	2 373 2 357	7	2 439 2 417	*		:	2 472 2 461	
• männlich	DM	2 778	2 871		2 932				3 112	
* weiblich	DM	1 816	1 935		1 999		241		1 995	5.4

<sup>1)</sup> Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

### Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981			19	82		1983
	cimer	Monatsde	urchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende Eheschließungen 1) Lebendgeborene 2) Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	1 000 Anzahl Anzahl Anzahl	61 566 30 201 51 721 59 510	61 682 29 972 52 046 60 183	61 721 21 429 48 522 60 145	61 713 28 292 50 380 65 158	61 704 14 364 <sup>P</sup> 48 149 <sup>P</sup> 60 962 <sup>P</sup>	31 783 <sup>p</sup> 51 037 <sup>p</sup> 55 697 <sup>p</sup>	21 569 <sup>p</sup> 50 157 <sup>p</sup> 60 090 <sup>p</sup>	29 824 <sup>p</sup> 49 952 <sup>p</sup> 82 674 <sup>p</sup>	•••
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen () Arbeitslose	Anzahl 1 000	- 7 788 889	- 8 136 1 272	- 11 623 1 490	- 14 778 1 704	- 12 813 <sup>p</sup> 1 950	- 4 660 <sup>p</sup> 1 920	- 9 933 <sup>p</sup> 2 038	- 12 722 <sup>p</sup> 2 223	2 487
Männer Offene Steilen Männer Kurzarbeiter	1 000 1 000 1 000 1 000	426 308 198 137	652 208 127 347	773 132 79 436	955 118 70 506	1 153 122 539	1 040 70 828	1 126 62 1 033	1 281 58 1 114	1 491 62 1 192
Männer	1 000	98	239	298	368	408	625	791	865	952
Landwirtschaft										
Schweinebestand Schlachtmenge 4)	1 000 1 000 t	22 553 373	22 310 366	373	22 310 355	349	376	394	365	
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt) Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	123	121	131	117	111	120	124	110	105
ohne Baugewerbe Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe Grundstoff- und Produktionsgüter-	1970 = 100 1970 = 100	125 122	124 121	134 131	124 119	119 113	122 118	127 122	115 110	112
gewerbe Investitionsgüter Produzierendes	1970 = 100	122	119	124	104	108	111	113	96	104
Gewerbe Verbrauchsgüter Produzierendes	1970 = 100	124	123	136	131	115	123	128	120	107
Gewerbe Nahrungs- und Genußmittelgewerbe Baugewerbe	1970 = 100 1970 = 100 1970 = 100	120 130 107	114 134 98	124 144 106	107 132 64	109 131 52	115 132 104	118 139 100	103 125 67	106 121 56
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe Beschäftigte Geleistete Arbeiterstunden	1 000 Mill.	7 660 762	7 489 726	7 442 750	7 381 680	7 317 683	7 175 702	7 134 697	7 072 645	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer) Auslandsumsatz	Mill, DM Mill, DM	99 639 24 198	104 661 27 262	110 675 29 790	110 897 31 183	95 494 25 014	108 202 28 451	111 218 29 756	113 347 31 926	
Öffentliche Energieversorgung Stromerzeugung (brutto) Gaserzeugung 6)	Mill. kWh Mill. cbm	24 862 3 569	25 145 3 380	27 555 3 768	29 685 4 617	29 942 3 844	26 212 3 312	27 753 3 612	3 388	***
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe Beschäftigte Geleistete Arbeitsstunden Umsatz (ohne Umsatzsteuer) Baugenehmigungen	1 000 Mill. Mill. DM	1 263 145 9 374	1 226 134 9 244	1 206 141 11 204	1 172 82 12 188	1 094 56 5 120	1 172 148 10 312	1 151 141 10 825	1 121 103 12 497	1 033 83
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude) mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl Anzahl	16 378 15 191	13 607 12 324	9 506 8 301	9 444 8 096	8 550 7 243	10 981 9 366	9 191 7 732	8 715 7 311	8 975 7 443
Wohnfläche Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	1 000 qm Anzahl	2 926 3 239	2 588 2 844	1 970 2 551	2 022	1 903	2 347	2 063	1 937	2 028
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahi	31 718	29 669	23 857	24 615	24 286	29 535	26 446	25 296	26 181
Handel										
Ausführ (Spezialhandel) EG - Länder	Mill. DM	29 200 14 019	33 083 15 507	36 120 16 538	35 949 15 807	31 403 15 058	35 874 17 483	36 627 17 718	38 009 17 641	32 353 16 013
Belgien / Luxemburg Dänemark	Mill, DM Mill, DM	2 290	2 410	2 586	2 367	2 393	2 723	2 668	2 426	2 481
Frankreich	Mill, DM Mill, DM	556 3 885	627 4 327	685 4 557	628 4 521	607 4 523	705 4 887	743 5 015	791 5 282	603 4 580
Griechenland Großbritannien	Mill, DM Mill, DM	315 1 910	388 2 181	365 2 522	414 2 434	323 2 080	384 2 787	364 2 858	399 2 741	311 2 577
Irland	Mill, DM	111	140	162	134	130	139	141	127	123
Italien Niederlande	Mill, DM Mill, DM	2 495 2 773	2 609 2 824	2 742 2 919	2 533 2 776	2 511 2 491	2 766 3 093	2 810 3 119	2 654 3 221	2 398 2 941
Österreich Schweiz	Mill, DM	1 605	1 668	1 765	1 612	1 416	1 850	1 729	1 692	1 492
USA und Kanada	Mill, DM Mill, DM	1 667 1 971	1 727 2 393	1 823 2 751	1 758 2 841	1 523 2 271	1 810 2 732	1 850 2 613	1 825 2 711	1 617 2 122
Entwicklungsländer Staatshandelsländer	Mill, DM Mill, DM	4 315 1 617	5 883 1 629	6 759 1 666	6 862 2 034	5 776 1 371	5 809 1 719	6 255 1 823	6 630 2 292	5 560 1 606

<sup>1)</sup> Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schwe nehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm3.

# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1980 . 1981				1982				
	Limot	Monatsdu	rchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill, DM	28 438	30 760	32 237	30 808	30 289	31 878	31 779	31 621	29 649
EG-Länder	Mill. DM	13 117	14 545	15 529	15 118	14 076	15 092	15 265	15 277	13 763
Belgien / Luxemburg Dänemark	Mill, DM Mill, DM	2 039	2 056 494	2 194 587	2 028	1 813	2 310	2 141	2 122	1 944
Frankreich	Mill, DM	3 049	3 344	3 412	500 3 257	441 3 484	652 3 692	640 3 784	613 3 497	481 3 305
Griechenland	Mill. DM	230	246	255	228	187	239	220	216	174
Großbritannien Irland	Mill, DM Mill, DM	1 906	2 287	2 474	2 943	2 029	1 989	2 007	2 299	1 905
Italien	Mill. DM	127 2 257	2 297	139 2 352	161 2 093	2 112	150 2 370	2 363	194 2 215	141 2 196
Niederlande	Mill, DM	3 261	3 678	4 116	3 908	3 893	3 692	3 932	4 121	3 616
Österreich Schweiz	Mill, DM Mill, DM	1 012	859 1 051	934 1 194	835 1 086	739 948	957 1 080	966 1 067	875 1 077	915 953
USA und Kanada	Mill. DM	2 443	2 640	2 518	2 742	2 359	2 532	2 694	2 590	2 510
Entwicklungsländer	Mill. DM	5 794	5 977	5 729	5 122	6 159	6 233	5 855	5 607	5 684
Staatshandel sländer	Mill, DM	1 449	1 608	1 966	1 863	1 709	1 985	1 650	1 848	1 766
Einzelhandel Umsatz	1970 = 100	202,3	207,7 <sup>p</sup>	224,7 <sup>p</sup>	278,1 <sup>p</sup>	181,3 <sup>p</sup>	219,0 <sup>p</sup>	232,3 <sup>p</sup>	279,2 <sup>p</sup>	183,1
Gastgewerbe	1370 = 100					101,3	213,0	232,3	212,2	103,1
Umsatz	1970 = 100	169,8	162,9 <sup>p</sup>	162,9 <sup>p</sup>	192,9 <sup>P</sup>	•••	***	***	***	***
Geld und Kredit										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende) (redite an inländische Nichtbanken 1)	Mrd. DM	1 // 28	1 555	1 522	1 555	1 554	1 622	1.630	1 660	1 649
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 428 1 098	1 555 1 176	1 533 1 159	1 555 1 176	1 554 1 170	1 623 1 220	1 630 1 220	1 658 1 242	1 220
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	330	379	374	379	384	403	410	416	420
inlagen von Nichtbanken <sup>2)</sup> Spareinlagen	Mrd. DM Mrd. DM	1 011	1 059 483	1 026 454	1 059 483	1 045 481	1 073 484	1 083 487	1 124 518	1 109
oparatinagen.		400	403	434	465	401	404	407	310	918
steuern										
iemeinschaftssteuern	Mill, DM	22 814	23 193	18 787	40 257	21 135	19 859	18 757	41 481	21 978
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	14 488	14 523	9 646	29 977	12 120	10 628	9 844	31 280	12 449
Lohnsteuer	Mill. DM	9 297	9 713	9 3 1 3	16 122	10 565	9 982	9 704	17 189	11 127
Veranlagte Einkommensteuer Steuern vom Umsatz	Mill, DM Mill, DM	3 066 7 787	2 744 8 149	95 8 741	8 375 8 765	580 9 061	270 8 072	- 101 8 529	8 294 8 685	304 9 573
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 404	4 525	4 953	4 972	5 613	4 389	4 848	4 916	6 178
undessteuern	Mill. DM	3 838	4 006	3 945	7 584	880	4 114	4 237	7 793	928
Zölle Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM Mill. DM	384 3 243	412 3 366	413 3 324	426 6 973	333 346	408 3 503	374 3 637	392 7 193	357 378
Preise	1									
ndex der Einkaufspreise landwirt-					12274			100	1000	WI
schaftlicher Betriebsmittel 3)	1976 = 100	112,7	121,9	124,5	124,8	125,9	127,8	128,3 <sup>P</sup>	128,6 <sup>p</sup>	128,4
ndex der Erzeugerpreise landwirt- schaftlicher Produkte 3)	1976 <sub>=</sub> 100	99,3	104,6	110,3	111,4	111,0	108,1	109,0	110,1 <sup>p</sup>	107,4
ndex der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte 3)	1976 = 100	117,1	126,2	129,5	129,8	131,5	134,9	134,8	134,5	134,5
reisindex für Wohngebäude Bauleistungen insgesamt	1976 <sub>=</sub> 100	133,7	141,3	142,9						
Bauleistungen am Bauwerk 4)	1976 = 100	134,1	141,3	142,9	3.	*		146,2	•	
reisindex für den Straßenbau	1976 = 100	136,2	139,8	138,9						
Preisindex der Lebenshaltung aller										
privaten Haushalte	1976 = 100	117,0	123,9	126,4	126,8	127,9	132,0	132,3	132,6	132,9
Nahrungs- und Genußmittel Kleidung und Schuhe	1976 = 100 1976 = 100	112,7	118,2	119,8	120,3	121,7	125,9	126,2	126,6	127,4
Wohnungsmiete	1976 = 100	120,8	126,8 120,4	129,5 122,6	129,7 123,0	130,0 123,6	133,9	134,5 128,7	134,6 129,2	134,8
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	137,6	157,8	166,0	166,4	172,2	177,4	177,9	174,8	171,2
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	116,7	123,7	126,1	126,7	127,9	129,7	130,3	130,9	132,
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenüber-						4 1				
mittlung	1976 = 100	116,8	125,2	127,7	127,8	128,1	134,1	134,0	134,0	133,4
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	119,1	126,0	128,3	128,5	129,3	133,2	133,6	133,9	135,0
Bildung und Unterhaltung Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100 1976 = 100	108,9	113,0	115,2 133,7	115,4 134,6	116,3 134,7	119,3 138,9	119,3	119,4 140,6	119,8
LUISUHLIU MUSSIALLUIU, SUIISILUES	100000000000000000000000000000000000000	10000	The state of the s	PRODUCTION OF THE PARTY OF THE	2050(1965)	12 (2 (2 (2 (2 (2 (2 (2 (2 (2 (2 (2 (2 (2	2.5	TOTAL STATE OF THE	100000000000000000000000000000000000000	

<sup>1)</sup> Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer), - 4) Ohne Baunebenleistungen.

### Zuchtsauenbestand nicht mehr rückläufig

Der Schweinebestand in Rheinland-Pfalz war Anfang Dezember 1982 mit knapp 658 400 Tieren um fast 2% größer als im Jahr zuvor. Die Zahl der Schweinehalter ging weiter auf 27 300 zurück (- 1%). Auch bei den Zuchtsauen war mit 75 200 erstmals seit 1979 wieder eine steigende Tendenz (+ 0,8%) festzustellen.

Die Anzahl der Rinder verringerte sich weiterhin (- 2,5%) und erreichte mit 638 400 Tieren den niedrigsten Stand der letzten 30 Jahre. Die stärksten Einbußen seit 1981 waren bei den Schlachtrindern zu beobachten (- 10%). Zuchtrinder gab es hingegen 2% mehr. Der Milchkuhbestand blieb mit 228 000 nahezu unverändert. Rinderhaltende Betriebe (26 400) wurden um 6,8% weniger gezählt.

Auch die Pferde- sowie die Legehennenhaltung wurde eingeschränkt. So standen 1982 in 6 200 Ställen noch 21 000 Pferde (- 4%). Von 20 000 Betrieben wurden 1,9 Mill. legereife Hennen (- 1,4%) nachgewiesen. Bei den Schafen war eine Bestandsausweitung auf 95 000 Tiere zu verzeichnen. su

### Immer noch sinkende Heizöl- und Benzinpreise Verbraucherpreise im März

Im Landesdurchschnitt kosteten 100 Liter Heizöl im März in Rheinland-Pfalz 64,41 DM. Das sind 6,5% weniger als im Februar. Normalbenzin (Selbstbedienung) verbilligte sich um 5,4%, Superbenzin um 5% und Dieselkraftstoff um 4,6%.

Im Vergleich zum März 1982 lag der Heizölpreis um 8,4% niedriger, Dieselkraftstoff um 1,4% und Normalbenzin bis zu 0,5%. Superbenzin überschritt den Vorjahrespreis noch um bis zu 1,6%.

Die Preise für Brathähnchen (- 2%) und Deutsche Eier (- 1,1%) lagen im März 1983 unter den Preisen des Vorjahresmonats. Kartoffeln (- 9,1%), Wirsingkohl (- 18%), Rotkohl (- 6,9%), Möhren (- 16%) und Tafeläpfel (- 22%) wiesen starke Preisminderungen auf. Für frischen Kabeljau mußte dagegen 14% mehr bezahlt werden als im März 1982, während die Preise für Bananen um 3,1% und für Apfelsinen um 0,9% anstiegen. br

### Wiederverwendung von einer Million Tonnen Abfällen

Die rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetriebe lieferten 1980 von ihren insgesamt 3,8 Mill. t Abfällen rund 1 Mill. t an weiterverarbeitende Betriebe und den Altstoffhandel. Während das Volumen der Abfälle in den letzten drei Jahren gleichblieb, stieg der Anteil der wiederverwendeten Abfälle um knapp ein Viertel. Verdoppelt hat sich die Recyclingmenge im Investitionsgüter produzierenden Bereich. Namentlich Eisen und Stahl (447 000 t), Holz (195 000 t) sowie feste Nahrungs- und Genußmittel (180 000 t) wurden wiederverwendet. sr

# Deckungsquote bei eröffneten Insolvenzverfahren gering

Von den 140 Konkursen, die in Rheinland-Pfalz 1981 eröffnet wurden, sind bis Ende 1982 76 Verfahren oder etwas mehr als die Hälfte abgewickelt worden. Darunter befinden sich 61 Erwerbsunternehmen und 15 andere Gemeinschuldner. Außerdem wurden drei Vergleichsverfahren erfaßt. Die Insolvenzverluste der 79 Verfahren beliefen sich auf über 100 Mill. DM.

Die Verluste sind bei einem Vergleich für den Gläubiger zwar im allgemeinen geringer als bei einem Konkurs, dennoch lag 1981 die Vergleichsquote mit 36% nur knapp über der vom Gesetzgeber gezogenen Grenze. Den drei Vergleichsschuldnern wurden Verbindlichkeiten in Höhe von 2,1 Mill. DM von ihren Gläubigern erlassen.

Im Zuge des Abwicklungsverfahrens stellte sich in 27 Fällen nachträglich heraus, daß die Vermögensmasse nicht die Kosten der gerichtlichen Auseinandersetzung deckte, so daß die Gläubiger ihre gesamten Forderungen in Höhe von 25 Mill. DM abschreiben mußten. Nur in 49 Fällen konnten die Schuldner zumindest Teile ihrer Verbindlichkeiten begleichen. Während die bevorrechtigten Gläubiger 38% erhielten, wurden die nicht bevorrechtigten Schulden nur zu 7,3% getilgt.

Eine Aufgliederung nach dem Alter der Erwerbsunternehmen zeigt, daß die Deckungsquote bei den
jüngeren Unternehmen mit 12,5% überdurchschnittlich ist. Von den in Konkurs gegangenen Unternehmen, die acht und mehr Jahre bestanden hatten, wurden lediglich 7,7% der Schulden zurückgezahlt. Im
Konkursfall erhielten die Gläubiger von Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe mit 13% einen höheren Anteil ihrer Forderungen als diejenigen,
die mit dem Baugewerbe zusammenarbeiten; hier errechnet sich mit 2,4% die niedrigste Deckungsquote.

### Stundenverdienst der Industriearbeiter 14,74 DM

Im Januar 1983 verdienten die Industriearbeiter in Rheinland-Pfalz in der Stunde durchschnittlich 14,74 DM brutto. Das sind 0,5% mehr als im Oktober 1982. Die Stundenlöhne der Männer betrugen 15,61 DM, die der Frauen 10,96 DM. Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst ging bei den Männern infolge einer Verminderung der Wochenarbeitszeit um 0,7 auf 40,8 Stunden zurück; er erhöhte sich bei den Frauen, deren Arbeitszeit mit 38,6 Stunden konstant blieb. Männliche Arbeiter verdienten in der Woche 636 DM, weibliche Arbeiter 423 DM.

Kaufmännische Industrieangestellte (ohne leitende Kräfte) kamen auf 3 943 DM im Monat (+ 1,4%), bei technischen Angestellten blieb das Gehalt mit durchschnittlich 4 050 DM unverändert.

### kurz + aktuell

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhielten männliche kaufmännische Angestellte monatlich 3 112 DM ( $\pm$  4%), ihre Kolleginnen 1 995 DM ( $\pm$  2,5%). ze

# Neuzüchtungen im Weinbau weiter auf dem Vormarsch

Die bestockte Rebfläche erreichte in Rheinland-Pfalz im Herbst 1982 rund 65 000 ha. Sie ist damit um 700 ha größer als 1981. Auf knapp einem Viertel stand die Rebsorte Müller-Thurgau, auf weiteren 20 bzw. 10% Riesling und Silvaner. Nennenswerte Flächenanteile entfielen ferner auf Kerner (7,7%), Scheurebe (6,2%), Bacchus und Morio-Muskat (jeweils 4,5%) sowie die Rotweinsorte Portugieser (4,1%). Anbauflächen zwischen 1 000 und gut 2 000 ha beanspruchen Faber- und Huxelrebe sowie Ruländer, Ortega und Elbling.

Seit 1964 ist die bestockte Rebfläche um mehr als ein Drittel ausgeweitet worden. Damit verbunden waren beachtliche Änderungen im Rebsortiment. So stellte vor knapp 20 Jahren der Silvaner (33%) noch die führende Rebsorte dar, gefolgt von Riesling (27%) und Müller-Thurgau (23%). Der Portugieser erreichte damals knapp 10% der Rebfläche, während der Elbling seinen Anteil seither kaum veränderte. Die übrigen neueren Sorten, unter ihnen namentlich der Kerner, verzeichneten eine stetige Aufwärtsentwicklung. Ix

### Themen der letzten Hefte

Heft 7/Juli 1982

Neues Kommunalwahlrecht Verschuldung der Kommunen Bedeutung des Außenhandels Krankenhausbedarfsplanung Programmwartung in der Krankenhausautomation

### Heft 8/August 1982

Ausbildungsplätze im Mai 1982 Privatquartiere und Kleinbetriebe im Fremdenverkehr Verbraucherpreise für Heizöl 1960 bis 1982 Baulandmarkt und Baupreise 1981 Umsätze der gewerblichen Wirtschaft ADV-Ausbildung im Statistischen Landesamt Strukturierte Programmierung

### Heft 9/September 1982

Ausländische Schüler 1976 bis 1981 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1981 Personal an Hochschulen 1981 Vermögens- und Kapitalstruktur der gewerblichen Wirtschaft Außenhandel mit dem Nahen Osten

### Heft 10/Okober 1982

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 Entwicklung des Arbeitskräfteangebots Beheizung von Neubauten Arbeitsstätten des Einzelhandels 1979 Regionalstruktur des Großhandels Berechnung der Eigenkapitalquote

### Heft 11/November 1982

Volkszählung in den Gemeinden
Ergebnisse der Volkszählung für Gemeindeteile
Statistik der Weinmosternten
Prognose der Wanderungen
Wohngeld
Wirtschaftskraft in Rheinland-Pfalz und den EG-Ländern
1970 bis 1980
Jahresverdienste in Industrie und Handel 1981
Infrastrukturdaten im Landesinformationssystem

### Heft 12/Dezember 1982

Wirtschaftliche Entwicklung 1982 Fremdenverkehr in den Heilbädern Strukturwandel im verarbeitenden Gewerbe 1967 bis 1979 Umsatz und Beschäftigte in der Handelsvermittlung Binnenfischerei 1981

### Heft 1/Januar 1983

Weinmosternte 1982
Feldfrüchte und Futterpflanzen 1982
Bafög-Leistungen 1981
Wohnungsmieten
Das Baugewerbe in den Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen
Abwasserbeseitigung

### Heft 2/Februar 1983

Außenhandel mit Frankreich Lohnsteuerzerlegung Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1981 Ausländer 1982 Obstbau 1982 Statistiken in der Land- und Forstwirtschaft

### Heft 3/März 1983

Volkszählung 1983 Datenschutz und amtliche Statistik Insolvenzen 1982 Beherbergungskapazität 1983 Zensus im Baugewerbe Milch- und Fleischproduktion 1982 Obst- und Gemüseernte 1982

### Themen der folgenden Hefte

Bundestagswahl am 6. März 1983
Fremdsprachenunterricht an allgemeinbildenden
Schulen 1982/83
Lohnsteuerpflichtige und ihr Einkommen nach
Geschlecht und Familienstand 1980
Gartenbau 1981
Viehbestände 1982

### Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden

0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit

kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich

... = Angabe fällt später an

( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist

 $\phi = Durchschnitt$ 

p = vorläufige Angabe

r = berichtigte Angabe

s = geschätzte Angabe

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie "von 50 bis unter 100" die Kurzform "50 - 100" verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ \* 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz \* Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 3,—, Jahresabonnement DM 30,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45, Telex 869 033 stle d oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet. ISSN 0174-2914.